

54 Seiten  
24 Seiten

-1A-

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN** Ausschußprotokoll **11/703**

11. Wahlperiode

29.10.1992

we

**Unterausschuß "Personal" des  
Haushalts- und Finanzausschusses**

**PROTOKOLL**

28. Sitzung (öffentlich)\*

29. Oktober 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

15.10 Uhr bis 18.05 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Bensmann (CDU)

Stenographin: Frau Werner

**Tagesordnung:**

**Anhörung der Berufsverbände zum Entwurf des Personalhaushalts**

**1993**

**Zu dem Entwurf nehmen Stellung:**

<u>Organisation</u>	<u>Sprecher</u>	<u>Seite</u>	<u>Zuschrift</u>
Deutscher Gewerkschafts- bund	Bodewig	2	

\*) Nichtöffentlicher Teil siehe Ausschußprotokoll-Nr. 11/702

<u>Organisation</u>	<u>Sprecher</u>	<u>Seite</u>	<u>Zuschrift</u>
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	Vallentin Swiderski	4 6	11/2051
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NW	Hoppe	9	
Gewerkschaft d. Polizei NW	Dyba	11	11/2026
Deutscher Beamtenbund	Ritter Dr. Sprenger	19 24	
Deutscher Richterbund	Treese Thiemann Berscheid	36 38 40	
Deutsche Angestellten -Gewerkschaft	Frau Klein	43	

Über ihre Statements hinaus beantworten die Vertreter der Berufsverbände jeweils Zusatzfragen der Ausschlußmitglieder.

-----

**Anhörung der Berufsverbände zum Entwurf  
des Personalhaushalts 1993**

Der **Vorsitzende** eröffnet die öffentliche Anhörung von Vertretern der Berufsverbände zum Entwurf des Haushaltsplans 1993 und gibt einige Hinweise zum Procedere.

Er stellt fest, daß, unmittelbar nachdem der Finanzminister den Haushalt eingebracht hat, über den Gutachterdienst die entsprechenden Unterlagen den Berufsverbänden zugesandt worden seien und darum gebeten worden sei, eine in alle Einzelheiten gehende Stellungnahme dem Ausschuß zu übersenden, um zu ermöglichen, daß im Vorhinein mit Kolleginnen und Kollegen anderer Fachbereiche Einzelaspekte besprochen werden können. Durch dieses Verfahren sei es möglich, sich in der Anhörung auf die Schwerpunkte zu konzentrieren.

Herr Ritter (Deutscher Beamtenbund) regt an, daß sich die Spitzenorganisationen, wie bis vor einigen Jahren so geschehen, wieder in der Reihenfolge des Vortrags abwechseln. Die Reihenfolge DGB, DBB und dann die anderen in fester Reihenfolge entsprechen nicht den Vorstellungen des DBB. Herr Ritter bittet darum, das spätestens beim nächsten Mal wieder in die alte Reihenfolge zu bringen.

Herr Bodewig (Deutscher Gewerkschaftsbund) erwidert, daß es bis zur 10. Wahlperiode üblich war, daß die Reihenfolge in der Größenordnung, in der Anzahl der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung und deren Zuordnung zu den entsprechenden Gewerkschaftsbünden oder Spitzenorganisationen begründet war. Er unterstreicht, daß er dies auch für eine sinnvolle Praxis hielte. Er regt aber auch an, über eine Staffelung der Anhörung in zwei Blöcke nachzudenken, damit auch die langen Wartezeiten verhindert werden könnten. Er weist darauf hin, daß die bisherige Praxis sich im Hinblick auf eine Straffung der Diskussion auf die wesentlichen Punkte als sinnvoll erwiesen habe.

Der **Vorsitzende** stellt fest, daß sich eine gestraffte Abhandlung der Themen als sehr positiv herausgestellt hat. Die Einzelaspekte würden ohnehin nicht im Ausschuß, sondern in Gesprächen in den Fraktionen mit den Fachleuten beraten. Er regt an, daß im Unterausschuß "Personal" noch einmal über das Verfahren diskutiert wird, bittet aber Herrn Ritter, nach dem Verfahren der letzten drei Jahre auch die heutige Anhörung durchzuführen. Er merkt mit Blick auf Herrn Bodewig an, daß der erste auch einmal der letzte sein könne. Es sei entscheidend, was vorgetragen würde und nicht der Zeitpunkt des Tages.

Frau Klein (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft) wirft ein, daß die DAG beim letzten Mal als vorletzter Redner vortragen durfte und jetzt an letzter Stelle stünde - ein Stück Rotation sei also vorhanden, und dies sei auch nicht festgemacht an der Mitgliederzahl der jeweiligen Organisationen. Trotz des Einwurfs des Vorsitzenden, daß jede Stellungnahme den gleichen Stellenwert habe,

trete doch eine gewisse Abschläffung am Ende eines Tages ein und Dinge würden wiederholt. Sie regt an, dem Rotationsverfahren wieder den Stellenwert einzuräumen, den es bisher hatte.

Der Vorsitzende kündigt an, dies intern zu regeln und mit der nächsten Einladung die Entscheidung zur Kenntnis zu geben.

Abgeordneter Walsken (SPD) regt an, daß sich die Betroffenen selbst über eine Reihenfolge verständigen.

Der Vorsitzende gibt dieser Lösung wenig Realisierungschancen und erteilt Herrn Bodewig das Wort und bittet noch einmal darum, sich auf einen kurzen Vortrag zu beschränken.

Bodewig (Deutscher Gewerkschaftsbund): Sehr geehrter Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Anhörungsverfahren ist gestrafft worden. Das veranlaßt mich dazu, nicht wieder alle Forderungen, die wir in den vergangenen Jahren erhoben haben, zu wiederholen, obwohl es sinnvoll wäre, weil nur ein Bruchteil dieser Forderungen erfüllt worden ist. Ich will mich auf zwei herausragende Punkte konzentrieren. Meine Kollegen werden für ihre Bereiche später noch einmal bestimmte Punkte aufgreifen.

Ich will zwei Punkte ansprechen, einmal die Besetzungssperre von zwölf Monaten, zweitens die aufgabenkritische Überprüfung der Landesverwaltung.

Zu 1: Für den DGB Nordrhein-Westfalen ist es nicht akzeptabel, wenn ab Januar 1993 die freien und besetzbaren Planstellen und Stellen unbesetzt bleiben für ein ganzes Jahr. Das bedeutet ein ganzes Jahr Arbeitsverdichtung, und zwar unzumutbare Arbeitsverdichtung für Kolleginnen und Kollegen aus den gleichen Arbeitsbereichen, die die Arbeit der aus haushaltspolitischen Gründen freigehaltenen Planstellen und Stellen mitleisten müssen.

Dies bedeutet für uns eine weitere Verschärfung der ohnehin belasteten Arbeitssituation - und auch hier will ich mich nicht wiederholen. Wir haben in der Vergangenheit schon - und zwar regelmäßig - darauf hingewiesen, daß es Defizite in der Landesverwaltung gibt. Wir haben das als DGB immer nicht nur aus der Sicht der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, sondern aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande festgemacht an Fragen wie der verheerenden Situation in der beruflichen Bildung oder den Problemen bei Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, die auch eminente Folgen haben.

Wir wissen - und damit komme ich zu meinem zweiten Punkt -, daß die Situation des Landes nicht besser geworden ist. Die deutsche Einheit macht die Haushaltssituation noch problematischer. Der Finanzminister hat es einmal fixiert auf den Zeitraum bis 1994 mit 20 Mrd. DM zusätzlicher Belastung. Ich selbst war vor kurzem in einem Arbeitskreis, der sich mit der Neuordnung der Länderfinanzen beschäftigt, und das bedeutet auch eine jährliche Bela-

stung des Landes von 3 bis 5 Mrd. DM je nach Berechnungsmodell. Wir wissen auch, daß NRW damit Zahler im Länderfinanzausgleich wird, und zwar dauerhaft.

Wir wissen auch, daß sich der Bund auf Kosten der Länder und damit natürlich und vor allem auf Kosten der Städte und Gemeinden entlastet hat. Das ist eine Situation, die wir zur Kenntnis nehmen müssen und mit der wir umgehen müssen. Aus diesem Grund wehren wir uns auch nicht gegen eine aufgabenkritische Überprüfung von Teilen der Landesverwaltung, und das gilt ausdrücklich für die Überprüfung von Zweck wie Vollzug.

Wir haben mit Interesse die Ankündigung des Finanzministers und auch der Landesregierung gelesen, daß mehr als die Hälfte der Landesverwaltungen einer aufgabenkritischen Überprüfung unterzogen wird. Wir bieten hierzu ausdrücklich unsere Unterstützung an, um im Interesse der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung nach der sinnvollsten Lösung zu suchen. Ich muß dazu sagen, daß die Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, aber nicht dazu angetan sind, unsere Bereitschaft in Euphorie ausarten zu lassen.

Das möchte ich gern an einem sehr drängendem Beispiel illustrieren. Der Deutsche Gewerkschaftsbund begleitet seit Jahren sehr kritisch die Situation, die Personalentwicklung in der staatlichen Gewerbeaufsicht. Wir haben das auch hier in diesem Ausschuß sehr häufig und sehr intensiv zur Sprache gebracht. Daß der Arbeitsschutz für uns außerordentliche Priorität hat, werden Sie aus diesen Beratungen noch in Erinnerung haben. Wir haben an dieser Stelle immer für eine bessere personelle Ausstattung der Gewerbeaufsicht gekämpft und werden dies auch in Zukunft tun. Wir haben begrüßt, daß die Landesregierung angekündigt hat, die Gewerbeaufsicht einer Organisationsuntersuchung sowohl für den Arbeitsschutz- wie den Immissionsschutzbereich zu unterziehen.

Für uns wird die Situation aber geradezu absurd, wenn der Finanzminister des Landes vor dem für Mitte Dezember zu erwartenden Abschlußbericht einen Beschlußvorschlag in die Finanzministerkonferenz vom 1. Oktober einbringt, wonach der Arbeitsschutzbereich der staatlichen Gewerbeaufsicht in Zukunft privatisiert und den Berufsgenossenschaften übertragen werden soll. Davon abgesehen, daß wir diese Initiative auch inhaltlich für falsch halten und einen weiteren Abbau des Arbeitsschutzes insgesamt befürchten und demzufolge natürlich mit all unseren Kräften gegen eine solche Planung angehen werden, sollte im Mittelpunkt meiner Ausführungen vor diesem Ausschuß das gewählte Verfahren stehen.

Wer eine Politik betreibt, die zu Ergebnissen kommt, bevor eigentlich die Organisationsuntersuchung abgeschlossen ist - und das ist eine solche Vorgehensweise -, der will keine Aufgabenkritik, sondern der will schlichtweg Personal abbauen, und zwar ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in diesem Fall doppelt betroffen sind: einmal als Beschäftigte in der Landesverwaltung und dann auch als Schützende, denn Arbeitsschutz als staatliche Verpflichtung hat für uns nach wie vor absolute Priorität.

Um ein solches Verfahren für die Zukunft auszuschließen und mit Hinweis auf unser Angebot zur Mitarbeit, erwarten wir, daß der DGB als Spitzenorganisation in alle Aufgaben der Aufgabenkritik vorher einbezogen wird. Dieser Anspruch bezieht sich sowohl auf die Gesamtkonzeption der aufgabenkritischen Überprüfung, und zwar für das Gesamtvolumen der zu erteilenden Aufträge sowie im Konkreten für die Aufgabenstellung der jeweiligen Organisationsuntersuchungen.

Meine Kolleginnen und Kollegen werden auf andere Probleme der Landesverwaltung auf den Punkt genau detaillierter eingehen, aber ich denke mir, daß das auch angesichts der Finanzentwicklung eine grundsätzliche Frage ist, und Sie sollten sich im Unterausschuß "Personal" auch mit dieser Frage intensiv beschäftigen. Wir haben Ansprüche, auch Erwartungen, und wir glauben, daß ein wichtiger Prozeß nur gemeinsam mit den Beschäftigten und deren Spitzenorganisationen zu leisten ist, bieten hierzu unsere Mitarbeit an, aber wir erwarten auch, daß wir einbezogen werden.

Ich möchte jetzt - und da gibt es eine kleine Abweichung zu den vorgenannten Namen - meine Kollegen ankündigen: Es wird als erster für die ÖTV der Kollege Bernd Vallentin sprechen, ergänzt durch Ortwin Swiderski, für die GEW der Kollege Rainer Hoppe, und für die GDP bleibt es bei dem vorgegebenen Namen, bei dem Kollegen Klaus Dyba.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Bodewig. Ich denke, wir hören uns das alles insgesamt an und machen dann eine Diskussionsrunde mit allen Vertretern des DGB so wie bei den vergangenen Malen. Dann bitte, Herr Vallentin.

Vallentin (ÖTV): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wir wollten heute hier eine sehr umfangreiche Stellungnahme abgeben - sie ist auch erstellt, weit über 40 Seiten. Wir haben uns bemüht, eine bis auf die letzten Punkte, wie wir sie ja in den letzten Wochen, insbesondere in den letzten Tagen der Presse entnehmen konnten, aktualisierte Stellungnahme zu erstellen, die aus gewerkschaftlicher Sicht, aus Sicht der ÖTV diese Fragen beantwortet. Es ist heute morgen ein kleines Maleur passiert mit der Technik - die ist abgestürzt. Wir werden Ihnen das aber zustellen; das ganze Paket ist fertig.

Nun zu der Stellungnahme als solche: Ich will mich jetzt auf einige wesentliche Punkte beschränken, und mein Kollege Swiderski wird anhand von zwei, drei Beispielen noch einmal verdeutlichen, wo die Gewerkschaft ÖTV meint, wo der Schuh drückt.

Die ÖTV hat erst einmal mit großer Verärgerung aus öffentlichen Medien vernommen, daß ein massiver Personalabbau im Landes Nordrhein-Westfalen geplant ist. Wir denken, die radikalen Kürzungsvorschläge bei den Personalkosten können jedoch ein inhaltliches Konzept der Modernisierung und Reform der öffentlichen Dienstleistungen im Land Nordrhein-Westfalen nicht ersetzen. Wir meinen, die vom Arbeitskreis "Aufgabenkritik" vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reduzierung der Personalkosten sind bisher weder inhaltlich begründet, noch berücksichtigen sie die derzeit in vielen

Bereichen der Landesverwaltung für -zig Millionen DM in Auftrag gegebenen Organisationsuntersuchungen. Eine Bewertung durch die einzelnen Fachressorts hat nach unserer Erkenntnis im Großen und Ganzen auch bisher noch nicht stattgefunden.

Die beiden ÖTV-Bezirke in Nordrhein-Westfalen stellen daher fest: Die mit großem Aufwand und viel Geld in Auftrag gegebenen Organisationsuntersuchungen verkommen ein Stück weit zu einer Farce, wenn bereits vor der Bewertung durch die zuständigen Stellen und Einrichtungen Konsequenzen durch einzelne Politiker und Beamte in der Öffentlichkeit lanciert werden. Wie ernst meint man es eigentlich mit der Befragung von Gewerkschaften und Verbänden, wenn man vorher z.B. solche Zahlen wie 8 000 einzuspargende Stellen in die Öffentlichkeit lanciert? Insbesondere verwundert uns bei dieser Größenordnung 8 000, daß dies etwa deckungsgleich ist mit einer Zahl, die vom Finanzminister ausgewiesen ist als zusätzliche Stellen, die im Laufe der letzten Jahre durch die Verkürzung der Arbeitszeit im Land Nordrhein-Westfalen geschaffen worden sind. Wir sehen hier keinen Zusammenhang, aber uns verwundert natürlich diese Verbindung, die hier gemacht worden ist.

Wir denken, dies ist der falsche Weg, daß man versucht, rein über den fiskalischen Weg nach vorne zu gehen. Wir meinen, die Modernisierung muß anders angefaßt werden, und dazu gehört, daß man sich sehr konkret mit der zukünftigen Kernaufgabe der Landesverwaltung auseinandersetzen muß, da man die Organisationsuntersuchungen hinzuziehen muß, und wir meinen, dann kann man auch notwendige Schritte zur Anpassung der Aufbauorganisationen, der Landesverwaltung, auch Maßnahmen zur Änderung von Arbeitsabläufen wie auch Modifizierungen von gesetzlichen Vorschriften bis hin zu Maßnahmen der EDV-Ausstattung in Angriff nehmen.

Wir meinen also, Zahlenspielerien und das, was wir in den letzten 14 Tagen erlebt haben, sind der falsche Weg und vor allem auch ein Weg in die falsche Richtung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier noch folgendes mitteilen: Wir haben im Vorfeld der Erstellung unserer umfangreichen Ausarbeitungen mit einer Reihe von Hauptpersonalräten in den Ministerien gesprochen. Wir haben dort gefragt: Wie seht ihr die Situation? Sie haben mich gebeten, diesem Ausschuß folgendes mitzuteilen:

Ihnen paßt nicht, daß man in den Ministerien wie folgt verfährt: Man gibt das, was man dort selbst als notwendig erachtet, an den Finanzminister weiter, und dann fragt man erst im Nachgang die Personalräte: Wie seht ihr es? Die Kolleginnen und Kollegen aus den Hauptpersonalräten haben uns gebeten, dies hier noch einmal deutlich zu machen: Sie halten dies für einen falschen Weg. Wenn man in der Zukunft arbeiten will und versuchen will, so ein Prinzip wie Konsens in eine moderne Verwaltung hereinzubringen, dann sollte man versuchen, den Weg ein Stückchen andersherum zu machen.

Heute morgen haben wir eine Beratung gehabt mit einer Arbeitsgruppe, die sich exakt mit der Frage "Organisationsuntersuchungen" auseinandergesetzt hat. Auch in dieser Arbeitsgruppe kam folgender Hinweis, der hier, bitte schön, noch aufgenommen werden soll. Die Kollegen dort meinen, alle reden vom wirtschaftlichen Arbeiten, alle reden von Leistungssicherung. Sie meinen, durch eine Überarbeitung z.B. der Landeshaushaltsordnung und auch der entsprechenden Rahmenvorschriften könnte man gegebenenfalls auch hier dem Ziel näher kommen, arbeitshemmende Rechtsvorschriften, die auch ein Stückchen weit Arbeit machen, in der Zukunft zu verringern und vielleicht auch hier eine effektivere Arbeit, bezogen auf die Erstellung und die Bearbeitung des Haushaltes, in Angriff zu nehmen.

Dies ist kurz meine Vorbemerkung, und ich denke, der Kollege Swiderski wird Ihnen anhand von zwei, drei Beispielen noch einmal deutlich machen, wo präzise die Gewerkschaft ÖTV der Auffassung ist: So geht es auf keinen Fall weiter! Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Vallentin.

Swiderski (ÖTV-Bezirk Nordrhein-Westfalen 2): Sehr geehrter Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte für die Gewerkschaft ÖTV zwei Teilbereiche herausgreifen, einmal den Bereich der Landesarbeitsgerichte und der Arbeitsgerichtsbarkeit, um Ihnen einmal darzustellen, wie es hinter den Kulissen aussieht.

Die Zahlen dürften Ihnen bekannt sein. In der Arbeitsgerichtsbarkeit ist die Personalbedarfsberechnung bei den Richtern nach wie vor am Klageeingang orientiert. Aufgrund der durchschnittlich bei den LAG-Bezirken eingegangenen Dingen der ersten und zweiten Instanz ergeben sich für das Jahr 1993 folgende Personalfehlbestände:

- Fehlbestände bei Richterstellen der Arbeitsgerichtsbarkeit R 1: 167,
- nicht-richterlicher Dienst bei den Arbeitsgerichten: 451
- Richterstellen LAG: 48 und
- nicht-richterlicher Dienst LAG: 106.

Ich denke, die Zahlen sprechen für sich, geben aber erst einmal wenig wieder. Dann kommen die Teilbereiche.

Besonders möchten wir Sie bitten, das Augenmerk auf die Arbeitsgerichtsbarkeit im Ruhrgebiet zu lenken. Da sind insbesondere betroffen die Arbeitsgerichte Herne, Gelsenkirchen, Bochum und Dortmund. Nachweislich und auch durch Aussage des Arbeitsministers sind diese vier Arbeitsgerichte im Ruhrgebiet ein Viertel mehr belastet als die anderen Arbeitsgerichte. Nach Aussage der Direktoren und der dort organisierten Kolleginnen und Kollegen könnte schon durch eine zusätzliche Richterstelle, die in diesem



Bereich gegeben wird, Abhilfe geschaffen werden. Vielleicht kann der Ausschuß einmal ein besonderes Augenmerk auf die Arbeitsgerichtsbarkeit im Ruhrgebiet lenken.

Ein zweiter wesentlicher Teil: Ihnen wird sicherlich die Situation in Köln bekannt sein. Dort liegen weit über 300 Urteile, und im nicht-richterlichen Bereich sieht es bei den Kolleginnen und Kollegen so aus, daß dort eine große Anzahl von Eigenkündigungen stattgefunden haben, weil die Kollegen nicht mehr bereit sind, unter den schlechten Arbeitsbedingungen dort tätig zu bleiben. Ich denke, auch hier könnte Abhilfe geschaffen werden und müßte dringend das Arbeitsministerium tätig werden, daß da zusätzliche Stellen (geschaffen werden), die zwar nachweislich ausgewiesen sind, aber nicht besetzt werden können, weil auch die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr bereit sind, sich auf solche Stellen zu bewerben, die nach BAT VII oder BAT VIII besoldet werden. Das ist auch noch einmal ein Hinweis auf die laufenden Tarifverhandlungen in dem Bereich, wo auch das Land als Verhandlungsführer mit am Tisch sitzt.

Ein zweiter Schwerpunkt, den ich kurz darstellen möchte, ist die Landesstelle Unna-Massen. Ich weiß nicht, inwieweit Sie sich da auskennen. In Unna-Massen ist die Landesstelle, und nachgegliedert sind 20 Aufnahmeeinrichtungen für das Land Nordrhein-Westfalen. In dieser Landesstelle werden überwiegend Kolleginnen und Kollegen in sogenannten befristeten Verträgen beschäftigt. Mittlerweile sind das weit über 60, die bis zum 31.12.1993 auch im Haushalt so ausgewiesen sind. Sie können sich sicherlich vorstellen, daß ein Beschäftigter des Öffentlichen Dienstes einen Rechtsanspruch darauf hat, einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu erhalten und dies aus seiner persönlichen Grundeinstellung auch ganz gerne möchte. Wenn Sie sich dafür einsetzen könnten, daß diesen Beschäftigten unbefristete Arbeitsverträge zugeleitet werden, so wäre das der Schritt in die richtige Richtung.

Die 20 Aufnahmeeinrichtungen, die ich gerade angesprochen habe, sind in einer besonderen politischen Brisanz. Die politische Situation ist Ihnen bestens bekannt. Hier muß man die 18 betroffenen Landesstellen, d.h. Leitungen dieser Außenstellen, nach BAT Va oder III anheben. Wir meinen, daß man damit dann auch den Kolleginnen und Kollegen gerecht werden würde aufgrund der besonderen politischen Brisanz.

Das sind eigentlich die beiden Teilbereiche, die wir einmal besonders herausgepickt haben. Ich denke mir, es ist müßig, wenn wir hier jedes Ministerium durchgehen und da noch einmal Einzelheiten verkünden.

Ich möchte aber dennoch hier die Gelegenheit nutzen und auch noch einige Sätze zu dem Arbeitskreis "Aufgabenkritik" sagen. Wir haben für die Gewerkschaft ÖTV festgestellt, daß der Leiter, Herr Kalenberg, die Zielsetzung dieses Arbeitskreises im Nachhinein verändert, das heißt, daß mit den Personalräten abgesprochene Gutachten im Nachhinein in der Form verändert werden, daß er sich dort persönlich einbringt oder andere Unterlagen nachgereicht werden. Wir halten dies für ein unmögliches Verfahren. Wir mei-

nen, hier müssen auf jeden Fall die Beteiligungsrechte der Personalräte und natürlich die in § 72 ausgewiesene Mitbestimmung des LPVG gewährt werden.

Als Gewerkschaften ÖTV beider Bezirke fordern wir die politische Mitarbeit in diesen bestehenden Arbeitskreisen, erstens in den sogenannten Koordinierungsausschüssen. Das sind die Ausschüsse, die von den Firmen vorgegeben werden. Man verweigert uns dort den Zutritt; man hat den Gleichstellungsbeauftragten den Zutritt verweigert. Erst als wir Klageverfahren angedroht haben, hat man dann den Gleichstellungsbeauftragten erlaubt, an diesen Sitzungen teilzunehmen. Ich denke mir, das konterkariert auch die vorgegebene frauenpolitische Frage der Landesregierung.

Zweiter Punkt: Nach Erstellung der sogenannten Gutachten gibt es eine sechswöchige Beratungsfrist, in der dann noch einmal die Gutachten abgestimmt werden sollen. Wir meinen, daß diese Frist absolut zu kurz ist. In dieser Zeit kann man nicht vernünftig darüber arbeiten. Vielleicht könnten Sie da auch noch einmal Ihren politischen Einfluß geltend machen, daß diese Zeiten ordnungsgemäß dargestellt werden. Sie können sich vorstellen, wenn man einem Hauptpersonalrat ein Gutachten in Form von 400 oder 500 Seiten in einem einzigen Exemplar zur Verfügung stellt, daß dann der Personalrat schon eine Woche damit beschäftigt ist, die Sachen zu kopieren, zu verschicken und zu verteilen. So sieht hinter den Kulissen die Arbeitsweise aus. Das ist unmöglich. Ich glaube, wenn man Ihnen als Abgeordnete so etwas vorsetzen würde, dann würden Sie sich das auf jeden Fall auch verbitten.

Dritter Punkt: Es ist jeder zweiter Arbeitsplatz in der Landesverwaltung untersucht worden. Das sind ca. 20 Organisationsuntersuchungen mit einem von uns errechneten Kostenvolumen von ca. 30 Mio. DM, die da vergeben worden sind. Wir möchten Sie hier als Mitglieder dieses Ausschusses bitten, Ihrer parlamentarischen Kontrollverpflichtung nachzukommen, weil wir als Gewerkschaft ÖTV meinen, daß die Untersuchungen in keinem Verhältnis zu den dort erreichten Zielen und dem Nutzen stehen, d.h. auch da müßte einmal eine aufgabenkritische Überprüfung stattfinden.

Ich möchte noch anschließen an die Frage meines Kollegen, wie es denn sein kann - vielleicht kann mir ja auch einer die Frage beantworten -, daß sich die Abteilungsleiter I der Ministerien treffen und dann diese 8 000 Zahlen errechnen. Die haben sich getroffen, und diese Zahlen sind dann auch in den Medien bekannt gemacht worden, sehr fein aufgegliedert nach den einzelnen Fachressorts. Wir als Gewerkschaft ÖTV sind eigentlich immer davon ausgegangen, daß diese Aufgabe der Fraktionen, fraktionsübergreifend wäre und daß so etwas dann auch vernünftig beraten und besprochen wird. Auch hier unsere Bitte: Vielleicht kann uns auch jemand diese Frage beantworten.

Für Ihre Aufmerksamkeit vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Swiderski. Ich werde gleich ein paar Fragen zu den Anmerkungen stellen, die anderen Kollegen sicherlich auch.

Hoppe (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zum Landshaushalt 1993 Einzelplan 05 - Kultusminister etwas sagen. Dazu eine grundsätzliche Feststellung am Anfang:

Für das kommende Haushaltsjahr sind 41 840 Schülerinnen und Schüler mehr prognostiziert, als im diesjährigen Haushaltsjahr unterrichtet wurden. Bei einer angenommenen durchschnittlichen Relation von 1:20 würde diese höhere Schülerzahl ca. 2 000 Stellen mehr erfordern. Der Haushaltsentwurf weist aber lediglich 15 zusätzliche Stellen aus. Weiter sollen im Haushaltsjahr 1993 1 325 kw-Stellen abgebaut werden. Das heißt, einem Zuwachs von 41 840 Schülern steht ein Personalverlust von mindestens 1 310 Lehrerinnen und Lehrern gegenüber. Hinzu kommt, daß die Schülerzahlen in der letzten amtlichen Statistik des Kultusministers teilweise deutlich über den im Haushaltsentwurf prognostizierten Zahlen liegen. Bestätigt sich diese Differenz, so ist mit einer weiteren Verschlechterung der Unterrichtsversorgung zu rechnen.

Mit ihrem Handlungskonzept zur effektiveren Gestaltung der Schulorganisation und bedarfsgerechten Zuweisung von Lehrerstellen hat die Landesregierung den von Kienbaum errechneten Fehlbestand von 17 000 Lehrerstellen einzusparen versucht. Diese Einsparungen erfolgten ausschließlich mit Maßnahmen auf Kosten der Beschäftigungsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern und der Unterrichtsbedingungen und Fördermöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler.

Dabei wurde die Grenze der Zumutbarkeit für die Schule längst überschritten. Aber auch nach der Umsetzung dieses Handlungskonzepts bleibt eine Lücke von 2 500 Stellen, die den Schulen zur bedarfsdeckenden Unterrichtserteilung fehlen. Der vorliegende Haushaltsentwurf unternimmt nicht einmal ansatzweise den Versuch, diese Lücke zu schließen.

Folgende Einzelkritikpunkte am Haushaltsentwurf sind uns besonders wichtig:

1. Der Haushaltsentwurf sieht keine Ausweitung der Stellen für die Integration von Behinderten und nichtbehinderten Kindern vor. Bleibt es bei dieser Stellenausweisung, ist das Ziel der Integration von behinderten und nichtbehinderten Kindern faktisch aufgegeben.

2. Der von der Landesregierung anerkannte gesellschaftliche Bedarf an Ganztagsangeboten wird vom Haushaltsentwurf nicht realisiert. Er sichert lediglich den bisherigen Bestand. Im übrigen ist nochmals darauf hinzuweisen, daß ein Zuschlag von 20 % nicht ausreichend ist - dies betonen wir Jahr für Jahr an dieser Stelle.

3. Die nicht vollständige Einrechnung der Zuschläge für Arbeitszeitverkürzungen aus dem Tarifergebnis von 1988 und für die Beschulung von ausländischen und ausgesiedelten Kindern in die Grundrelation bei Grundschulen, Gesamtschulen und Sonderschulen führt zu einer Verschlechterung der Unterrichtsversorgung und ist

auch deshalb völlig unverständlich, weil diese Einrichtung der Zuschläge beispielsweise bei den Gymnasien vollständig und korrekt erfolgt ist.

4. Trotz der Relationsverbesserungen im Hauptschulbereich gibt es gravierende Einschnitte durch den Wegfall von 271 Stellen im Bereich "Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht" und bei den Zuschlägen für ausländische und spätausgesiedelte Schüler und Schülerinnen.

5. Zwar gibt es Relationsverbesserungen im Teilzeitbereich der beruflichen Schulen, aber es findet keine entsprechende Verbesserung in den doppelqualifizierenden Bildungsgängen statt.

6. Der Einstellungskorridor am Gymnasium ist im Verhältnis zu Einstellungsmöglichkeiten an anderen Schulformen zu gering bemessen.

Wir leiten daraus folgende konkrete Einzelforderungen an den Haushaltsentwurf 1993 und an den Haushalt ab:

1. Aufgrund der nicht vollständigen Einrechnung der bisherigen ausgewiesenen Zuschläge für Grund-, Gesamt- und Sonderschulen sind folgende Stellen zusätzlich auszubringen:

- für die Grundschule ca. 640,
- für die Sonderschule ca. 50,
- für die Gesamtschule ca. 150.

2. Damit die politisch gewollte Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder fortgeführt werden kann, sind mindestens 100 Stellen zusätzlich auszuweisen. Eine Ausweitung der Integrationsmaßnahmen über die beabsichtigten Versuche hinaus macht weitere Stellen erforderlich.

3. Für die Hauptschulen sind 271 Stellen auszubringen, um die dringend notwendige Förderung im Bereich muttersprachlicher Ergänzungsunterricht und bei ausgesiedelten und ausländischen Kindern auf dem Status Quo sicherzustellen.

4. Um eine sinnvolle Relation der Einstellungsmöglichkeiten bezogen auf die Gesamtstellenzahl am Gymnasium im Vergleich zu den anderen Schulformen und dem fächerspezifischen Bedarf zu sichern, ist eine Verdoppelung des bisherigen Korridors von 200 auf 400 Stellen erforderlich.

5. Die Relationsverbesserung im Teilzeitbereich der Berufsschule ist zu übertragen auf die Bildungsgänge mit doppelqualifizierenden Abschlüssen.

Jetzt möchte ich auf zwei Altlasten - Uraltlasten z.T. - besonders hinweisen:

6. Für die Werkstattlehre an berufsbildenden Schulen und die Fachlehrer an berufsbildenden Schulen und Sonderschulen fordert die GEW die Umkehrung der bisherigen Schlüsselung in Anlehnung an

den Beförderungsschlüssel für den höheren Dienst. Mittelfristig sind die Eingangssämter dieser beschäftigten Gruppen anzuheben. Für die Fachlehrer an allgemein bildenden Schulen fordert die GEW die Einführung eines Beförderungsamtes nach A 11.

7. Die Beförderungssämter für Schulleiterinnen und Schulleiter und stellvertretende Schulleiter und Schulleiterinnen an Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen sind so auszuweisen, daß die nach den Schülerzahlen und den Besoldungsordnungen vorgesehene besoldungsrechtliche Zuordnung auch tatsächlich erfolgen kann.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Hoppe.

Dyba (Gewerkschaft der Polizei NW): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, unter der Zuschrift 11/2026 liegt Ihnen unsere Eingabe schriftlich vor.

Zum vorgelegten Entwurf Einzelplan 03 - Kap. 03 110 möchte ich für die Gewerkschaft der Polizei wie folgt Stellung beziehen:

Es ist unbestritten, daß die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen Personalmangel hat und daß wir unterbezahlt sind. Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger, die über mangelnde Präsenz der Polizei vor Ort klagen, steigt in gleichem Umfang bei den Kolleginnen und Kollegen. Das Ergebnis der von uns durchgeführten Urabstimmung in der Zeit vom 22. bis 25. September hat ein eindrucksvolles Bild von der Stimmungslage in der Polizei vermittelt.

Die dann am 1.10.1992 von uns durchgeführte Informationsaktion der Bürgerinnen und Bürger hat uns auch auf diesem Wege gezeigt, wie die Bevölkerung heute zur Polizei steht und wie sie über sie denkt.

Dem Bedürfnis nach Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch personelle Ausstattung und angemessene Bewertung wurde von der Landesregierung in der großen Anfrage Nr. 4 zugestimmt, und es wurde dort festgehalten, daß im Vergleich zwischen den Jahren 1980 und 1991 die Personalstärken im Zusammenhang mit der Aufgabenentwicklung um 10 000 Polizeibeamte im Lande Nordrhein-Westfalen zu gering ausfallen.

Seit Ende des Jahres 1991 liegt uns das von der Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten zur Funktionsbewertung der Schutzpolizei der Firma Kienbaum und Partner vor. Dort wird festgestellt:

"Die sich wandelnden Aufgaben der Polizei und das Polizeiverständnis in Nordrhein-Westfalen erfordern insbesondere eine Aufwertung des Wach- und Wechselschichtdienstes und hier besonders in der Funktion des Streifenbeamten. Das Bewertungsergebnis und der Außenvergleich führen zu der Feststellung, daß die Funktion

von ihrer Art und Belastung her im gehobenen Dienst anzusiedeln ist. Dies bedeutet faktisch die Einführung der zweigeteilten Laufbahn für den schutzpolizeilichen Dienst."

Das hat nicht die Gewerkschaft der Polizei festgestellt, sondern Kienbaum.

Dem erklärten Willen des Ministerpräsidenten, des Innenministers, der innenpolitischen Sprecher der CDU, der SPD sowie der Beschlüsse der SPD- und CDU-Fraktionen, die Vorschläge des Gutachtens zu verwirklichen, steht der Entwurf des Landeshaushalts 1993 gegenüber, der zwar Stellenhebungen vorsieht, jedoch die angekündigte Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens nicht erkennen läßt.

Sie werden, sehr geehrte Damen und Herren, durch die Aktivitäten und Ansprachen von Bürgerinnen und Bürgern Ihres Wahlkreises einerseits, aber auch von unseren Bezirksverbänden und Kreisgruppen andererseits den Eindruck bekommen haben, daß es erforderlich ist, zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit entscheidende Schritte zu tun, daß Polizeibesetzte nachvollziehbare Perspektiven erhalten.

Wir hoffen und setzen in Sie die Erwartung, daß die nachstehenden Forderungen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes, das Ihnen nun vorliegt, von Ihnen unterstützt und umgesetzt werden. Die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei sind bereit, für die Umsetzung ihrer berechtigten, festgestellten Forderungen einzutreten.

Herzlichen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Dyba. Ich darf mich ganz herzlich bedanken für diese kurzen und prägnanten Vorträge hier. Das gibt auch die Gelegenheit für uns alle, sich auf wirklich wichtige Schwerpunkte zu konzentrieren, wo es sicherlich auch noch einen entsprechenden Nachfragebedarf gibt. Aber diese Gelegenheit möchte ich erst meinen Kolleginnen und Kollegen geben. Bitte schön, gibt es Fragen zu den einzelnen Punkten?

Dann darf ich einmal eine Frage stellen, Herr Bodewig - Sie, Herr Vallentin, hatten das auch vorgetragen, und Sie, Herr Swiderski, hatten das ergänzt - zur Kritik am Gutachterdienst des Landtages. Wir werden uns - das darf ich Ihnen sagen - noch einmal nach den Haushaltsplanberatungen damit befassen. Da haben wir engen Kontakt. Wir sehen uns zur Zeit in der Situation, eine Fülle von Untersuchungsergebnissen jetzt auf den Tisch zu bekommen, die auch in die Haushaltsplanberatungen hineingehen, so daß wir noch nicht die Zeit gefunden haben, uns intensiv damit zu befassen. 20 Untersuchungen sind in Auftrag; ich glaube, acht haben wir zur Zeit bekommen. Dabei sind dicke Brocken. Das geht auch nicht von heute auf morgen. Aber Ihre Anmerkungen habe ich für mich jedenfalls hier aufgeschrieben und werde das auch nachfragen.

Ich weiß nur eines, daß - und das wurde uns versichert, und da haben wir auch noch aus den Ministerien noch nie eine Klage gehört - die Personalvertretungen immer beteiligt waren. Daß es natürlich letztendlich eine Schlußanhörung hier gibt und ein

endgültiges Ergebnis, das uns vorgelegt wird, mit einer Letztabstimmung, ist klar. Aber daß Sie da nicht beteiligt wären, dieser Frage müssen wir einfach einmal nachgehen - was den Faktor Zeit angeht, auch.

Vallentin (ÖTV): Entschuldigung, ich habe nicht gesagt, daß sie nicht beteiligt werden, sondern ich habe angemerkt, daß das Verfahren, so wie es läuft, unserer Auffassung nach nicht ganz korrekt ist. Das heißt also, wir würden es ganz gerne sehen, wenn man einmal einen Hinweis gibt, die Beteiligung in der Form erfolgt, daß, bevor das Ministerium die entsprechenden Mitteilungen an den Finanzminister gibt, sich zumindest einmal mit den Personalräten hinsetzt und nicht erst an den Finanzminister die Sachen weitergibt und dann anschließend den Hauptpersonalrat auffordert, eine Stellungnahme abzugeben. Das wäre doch sicherlich ein anderer Weg.

Bodewig (DGB): Ich denke mir auch, daß das vielleicht ein bißchen falsch angekommen ist. Wir erwarten eigentlich eine Beteiligung nicht nur über die Personalräte in der ganz konkreten Untersuchung, sondern eigentlich eine Beteiligung über das Konzept der aufgabenkritischen Überprüfung der Landesverwaltung. Denn es gibt erstens Schnittmengen, zweitens glauben wir, daß wir sehr wohl als Spitzenorganisation auch Aspekte, die über den Randbereich hinausgehen oder diese Schnittmengen betreffen, miteinbeziehen müssen. Das war unser Anspruch. Wir glauben, daß es angesichts der Haushaltssituation und der zukünftigen Finanzentwicklung um so notwendiger ist, sich mit den Beschäftigten und ihren Vertretungen über ein Konzept und über dessen Umsetzung zu einigen.

Swiderski (ÖTV): Im Bereich Gewerbeaufsicht ist nachträglich abgeändert worden durch den Arbeitskreis Aufgabenkritik - das hängt vielleicht auch damit zusammen, daß die Landesregierung und das Parlament nicht genau wissen, wo die Reise hingehen soll. Und Behinderung ist insoweit gegeben, daß Personalräten z.B. nicht ausreichende Reisekosten zur Verfügung gestellt werden. Das wird einfach über eine Verfügung gemacht, und damit ist der Personalrat aus dem Geschäft. Das sind so Kleinigkeiten, die aber solche Arbeitsabläufe behindern, und ein Personalrat muß ja schon in der Lage sein, ordnungsgemäß seinen Amtsgeschäften nachzugehen. Diese Verfügungen sind auch bekannt. Man hat da interveniert, und wir können eigentlich nur hoffen, daß das in Zukunft an der Ecke besser wird.

Abgeordneter Walsken (SPD): Ich möchte mich mit einer Eingangsbemerkung beim DGB herzlich bedanken, daß die finanzielle Entwicklung für die nächsten Jahre sehr realistisch gesehen wird. 3,5 bis 5 Mrd. DM ist in der Tat die Summe, möglicherweise noch mehr, die uns ab 1995, vermute ich jetzt einmal, in Nordrhein-Westfalen abhanden kommen werden. Wir müssen uns darauf gemeinsam einstellen. Das ist kein Problem, das von uns gelöst werden kann. Auch mit den Folgen werden wir gemeinsam leben müssen. Da kommt es schon darauf an, denke ich, daß man sich das Leben nicht unnötig schwer macht.

Insofern habe ich auch volles Verständnis dafür, wenn der DGB sagt, er möchte hier an dem Verfahren der Erstellung und Umsetzung von Gutachten enger beteiligt werden. Ich würde Ihnen empfehlen - und würde das auch möglicherweise hier für den Ausschuß sagen können -, darüber mit der Landesregierung zu sprechen. Wir würden Ihnen da auch parlamentarische Rückendeckung geben, daß Sie ausreichend Gelegenheit haben, sich in diesen Prozeß einzubegeben, denn es wäre auch politisch, denke ich, nicht gut von der Landesregierungsseite oder auch von der Parlamentsseite aus, wenn Sie da zu schnell in diesem Verfahren sozusagen überspielt werden. Das finde ich nicht gut. Das müssen wir gemeinsam ausbaden.

Andererseits möchte ich Ihnen auch zu bedenken geben, daß die Möglichkeit, die Sie haben, sich über die Personalräte in diese Verfahren einzuschalten, besser sind als die Möglichkeiten der Abgeordneten, sich an diesem Verfahren zu beteiligen. Von sechs Wochen träumen wir, um ein Gutachten ausführlich lesen und behandeln zu können. Aber das soll jetzt keine Entschuldigung sein, sondern lediglich ein Trost, daß wir ähnliche oder auch größere Schwierigkeiten haben beim handling mit diesen ganzen Dingen.

Vor mir auf dem Tisch liegt gerade das Gutachten der WIBERA zur Neuorganisation der Mittelinstanz bei der Hochbauverwaltung. Das haben wir auch vor ein paar Tagen bekommen. Ich weiß beim besten Willen noch nicht, wann ich das bewältigen soll, dieses Gutachten. Ich will das nur am Rande sagen, möchte aber sagen, daß der Weg, der da begangen wird, daß Sie sagen, grundsätzlich "ja" zur Aufgabenkritik, sowohl zur Zweckkritik wie auch zur Umsetzungskritik - was ich sehr gern gehört habe -, eine qualitative Weiterentwicklung bedeutet, die da in den letzten Jahren gemacht worden ist. Wenn wir das gemeinsam bewerkstelligen können, wäre das hervorragend, obwohl es natürlich immer Spannungen geben wird zwischen allen Beteiligten - das ist logisch und wird nicht ausbleiben, und über Volumina wird man nachher auch streiten müssen. Aber wichtig ist, daß man nicht das Gefühl hat, die andere Seite plane etwas, ohne eine Beteiligung der Betroffenen zu berücksichtigen. Das fände ich nicht gut.

Das ist ja eine Anhörung hier und keine Diskussion. Um aber auf eine Einzelheit einzugehen: Wir hatten hinsichtlich der Wiederbesetzungssperre vor Beginn dieser Anhörung noch eine Diskussion im Ausschuß gehabt. Die Alternative zur Aufhebung der Wiederbesetzungssperre ist eine einprozentige Stellenabsenkung pauschal im ganzen Haushalt. Das wäre die Alternative, weil es keine andere Möglichkeit gibt, die 160, 180 Mio. DM (wieder hereinzuholen), die der Finanzminister eingeplant hat, um diese (Aufhebung der) Wiederbesetzungssperre zu finanzieren. Eine andere Alternative gibt es nicht.

Die einzelnen Ressorts sind gebeten worden oder aufgefordert worden, Äquivalente anzubieten - in der Größenordnung von 2 000 Stellen bewegt sich das ja. Die Ressorts sagen, wir leben lieber mit der Wiederbesetzungssperre als mit der pauschalen Absetzung von Stellen. Ob das noch geht im nächsten Jahr, darüber habe ich meine Zweifel. Wahrscheinlich wird es zu einer pauschalen Absenkung von Stellen kommen. Aber im Augenblick ist tatsächlich nur



die Alternative, pauschal 1 % Stellen abzusenken, und 1 % deshalb, weil natürlich der gesamte Lehrerbereich von der Wiederbesetzungssperre ausgeschlossen bleibt und bleiben muß. Das heißt, ein Drittel bis zur Hälfte des Landeshaushalts ist nicht in der Lage, sich an der Wiederbesetzungssperre zu beteiligen, also müßte bei einer pauschalen Stellenabsenkung das von den anderen Ressorts erbracht werden, und das würde sich dann in einer Größenordnung von 1 % bewegen.

Ich will das nur sagen, weil wir das sozusagen in Vorwegnahme dieser Anhörung intern diskutiert haben.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Kollege Wickel und dann Herr Dr. Busch.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Auf der Basis, auf der wir jetzt diskutieren, ist die Gültigkeit gegeben bis zum 9. November. Am 9. November kommen die neuen Steuerschätzungen. Wir rechnen mit einem Verlust von 1 bis 1,5 Mrd. DM in 1993. Das Problem wird sich also potenzieren. Jede Absenkung des wirtschaftlichen Zuwachses um 1 % bedeutet 9 bis 10 Mrd. DM weniger Steuereinnahmen. Da können Sie sich ungefähr ausrechnen, wo wir hinschlittern, wo die Reise 1993 hingeht.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Steuerausfälle auf der einen Seite, aber das wird sich ja auch in den Lohn- und Tarifverhandlungen und damit auch im öffentlichen Dienst niederschlagen, und das wird sich bei den sehr üppigen Personalsteigerungsraten, die jetzt im Haushalt angesetzt sind, natürlich auch entsprechend konterkarierend niederschlagen. Was der Gesamtnettoeffekt für den Haushalt ist, das lassen wir erst noch einmal dahinstehen. Dies ist ja eine Anhörung, wir wollen also nicht inhaltlich diskutieren. Ich sage nur: Es gibt Alternativen zur Stellenbesetzungssperre, und die liegen nicht darin, daß man Personal pauschal kürzt, sondern die liegen darin, daß man andere, ich sage einmal, "Verschwendungsbereiche" und Bereiche unsinniger Aufgaben angeht. Dafür werden wir in den Haushaltberatungen noch eine Menge Beispiele liefern.

Ich will auf einen Aspekt hinaus: Die Glaubwürdigkeit der Landesregierung, wenn sie Gutachten in Auftrag gibt. Man könnte ja sagen: Das ist natürlich ein guter Weg. Man schaltet Sachverstand von Dritten ein, um jetzt eine objektivere Basis zu finden, Stellen zu bewerten und gegebenenfalls abzuspecken oder aufzustocken. Beides müßte ja drin sein. Aber wenn Sie beklagen, daß Sie die Gutachten zu spät bekommen, dann kann ich nur sagen: Wir bekommen die fast überhaupt nicht. Die Gutachten, die mich interessieren, habe ich bisher nicht bekommen. Ich nenne als ein konkretes Beispiel das Gutachten zur Betriebsprüfung - das habe ich bis heute noch nicht. Ich habe den Finanzminister auf unserer Haushaltsklausur eindringlich befragt - er weigert sich, das herauszugeben. Insofern stehen Sie noch besser da als wir: Sie bekommen es immerhin.

Was ich ganz unmöglich finde, ist das Verhalten des Finanzministers, die Privatisierung des Arbeitsschutzes zu einem Zeitpunkt ins Spiel zu bringen, wo das Gutachten noch gar nicht, zumindest nicht in der Endfassung, vorliegt. Damit untergräbt er die eigene Glaubwürdigkeit.

(Abg. Walzgen (SPD): Die Berufsgenossenschaften sind öffentlich-rechtliche Körperschaften.)

Wir wollen jetzt keine Diskussion über die Berufsgenossenschaften führen. Ich glaube, das wissen Sie genauso gut wie ich, was da gespielt wird. Ich erinnere nur an die Chemie, also Unfälle und Anerkennungsverfahren von Berufsschädigungen im Bereich der Chemie-Industrie. Das ist wirklich abwegig, und das müßten Sie als Sozialdemokrat nun wirklich wissen.

Das ist für mich eine Frage der Glaubwürdigkeit, ob hier diese Gutachten wirklich eine objektive Grundlage bilden sollen für Personalbewertungen - dann müßte man damit anders umgehen. So wie das jetzt gemacht wird, ist es für mich unglaubwürdig, und das wollte ich einfach nur noch einmal zum Ausdruck bringen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Dr. Busch. Lassen Sie mich eine Frage noch hinterherschreiben. Erstens: Wir haben im Ausschuß auch diese Vorwegnahme der Beurteilung des Gutachtens kritisiert, wobei ich als Ausschußvorsitzender hier dazu sagen muß, daß der Finanzminister erklärt hat, daß es übliches Verfahren ist, daß die Fachressorts, ohne daß das im Kabinett abgestimmt ist, auf ihrer Fachebene Vorschläge machen und sich abstimmen. Da wäre ja der Bundesgesetzgeber gefordert, ob eine solche Änderung stattfindet, ja oder nein. Daß dieses kein Kabinettsbeschuß ist, das muß ich fairerweise hier an dieser Stelle sagen.

Das zweite: Sie hatten dieses Papier mit den 8 000 Stellen hier zweimal angesprochen. Ich habe rechts und links vorhin gehört: Niemand kennt das. Wenn Sie ein solches Papier haben, ob Pressemitteilung oder was auch immer, wo das drinsteht, was Sie hier eben konkretisiert haben, daß die Abteilungsleiter I sich zusammensetzen und das zusammenschreiben, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir das zur Kenntnis gäben.

Swiderski: Zu den Zahlen kann man konkret sagen: Es hat ein Interview im "Westpol" gegeben, in dem die Zahlen genannt worden sind. Die Unterlage können wir Ihnen zu kommen lassen.

(Vorsitzender: Von wem?)

Den Namen haben ich im Moment nicht präsent, den können wir Ihnen gerne nachreichen. Da sind dezidiert zu den einzelnen Bereichen aufgezählt worden. Da waren die Fragen Gewerbeaufsicht, Versorgungsverwaltung, Landesamt für Agrarordnung mit Zahlen (bestückt), die doch den Eindruck machten, daß sie relativ präzise sind. Nach unserem Erkenntnisstand wären die aus dem Kreise der Abteilungsleiter zusammengetragen worden und hätten rein

rechnerisch die Anzahl von 8 000 ergeben. Die Unterlage können wir Ihnen morgen oder übermorgen zur Verfügung stellen, und dann kann man noch einmal gucken, wie weit die stimmen.

Insoweit wäre es vielleicht doch ganz gut, wenn, ich sage mal, fraktionsübergreifend dazu auch noch einmal etwas gesagt werden könnte, wie so etwas überhaupt entstehen kann, weil bei unseren Kollegen eine große Verärgerung da war, z.T. auch Angst und Wut. Bei uns haben die Telefone nicht mehr stillgestanden, weil sehr viele wissen wollten: Wie sieht es konkret mit meinem Bereich aus, in dem ich beschäftigt bin? Da mußten wir zumindest als ÖTV zunächst einmal passen. Von daher wäre es ganz sinnvoll, wenn man da auch einmal ein paar klärende Worte hier aus dem Landtag hören würde.

**Vorsitzender:** Ich darf dazu folgendes sagen: Als erste Anmerkung noch einmal: Uns ist immer wieder versichert worden von der Gruppe Kalenberg, von der Landesregierung - wir haben ja parteiübergreifend diesen Gutachterdienst eingesetzt, diese Arbeitsgruppe, die sich auch im Prinzip bewährt hatte; darüber gibt es gar keine Frage -, daß die Arbeitnehmervertretungen immer beteiligt worden sind. Wir werden der Sache aber nachgehen - ich wollte das nur einmal sagen. Es ist unstrittig hier in dieser Runde: Das geht nicht gegen-, sondern nur miteinander. Wir sind stolz darauf, daß wir starke Tarifparteien haben; dazu gehören Gewerkschaften wie Arbeitgeber und öffentlicher Dienst. Dafür werden wir von der ganzen Welt bewundert, daß das hier so ist, und das soll auch in Zukunft so bleiben. Ich darf das jedenfalls sagen. Da war nie ein Dissens, und dazu gehört auch der faire Dialog - aber das sollten wir jetzt hier nicht vertiefen.

Das zweite: Ich möchte Sie bitten, mir dieses Papier zuzuschicken, damit ich all den Kolleginnen und Kollegen dieses auch gebe. Wir sind genauso irritiert und können dazu nicht einmal Stellung nehmen, weil wir das nicht wissen. Verunsicherung ist nicht das Gebot der Stunde, sondern vor dem Hintergrund der wirklich knappen öffentlichen Finanzen zu sparen, wo es machbar ist - und das geht auch nur im Konsens. Wir müssen sicherlich sparen - das ist auch unstrittig.

**Vallentin (ÖTV):** Wir sind natürlich auch ein Stückchen weit irritiert, wenn man sich einmal anschaut, was in den letzten 14 Tagen gelaufen ist. Nehmen wir einmal die Frage Zusammenlegung staatliche Bauämter, Finanzbauämter, Hochbauämter: Was erleben wir? Wir erleben: Die Ministerin gibt eine entsprechende Erklärung ab, in der gesagt wird: von 39 auf 31 Ämter. Damit hat man von dem Haus aus schon einen ganz vernünftigen Schritt gemacht, um eine ganz vernünftige, zukunftsorientierte Arbeit zu gewährleisten. Was passiert? In der Presse lesen wir auf der einen Seite einmal diese sachlichen Meldungen, und gleichzeitig steht unten im letzten Absatz der Name "Arbeitsstab Aufgabenkritik" mit dem Hinweis, daß 1 200 Stellen in naher Zukunft im Bereich der staatlichen Bauverwaltung noch als Einsparungspotential irgendwo angedacht sind. Was passiert denn da?

Daher kommt unsere Verärgerung. Es kommt eine wahnsinnige Unruhe in die Belegschaften. Die Kolleginnen und Kollegen sind jetzt erst einmal zufriedengestellt. Sie sind damit beschäftigt, daß die Arbeit vernünftig läuft - und dann werden solche Meldungen lanciert.

Das gleiche, bezogen auf den Arbeitsschutz: Wir haben diese Woche eine außerordentliche Personalräteversammlung beim Regierungspräsidenten Düsseldorf gehabt. Dort waren jede Menge Arbeitsschützer vertreten. Was mußten wir feststellen? Es gibt hier eine entsprechende Vorlage, und die Einschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort ist die, daß man gesagt hat: Man hat mit diesem Papier, das man dem Finanzminister da zur Verfügung gestellt hat, mit dem er in die Öffentlichkeit gegangen ist, den Finanzminister ein Stückchen weit demontiert, und zwar nicht nur hier in Nordrhein-Westfalen, sondern auch EG-weit, weil alles das, was dort in dem Papier zum Ausdruck gebracht wird, von den Leuten, die dort sitzen, die das auch fachlich exakt beurteilen können, doch ziemlich als eine vage Angelegenheit angesehen wird. Das ist der eine Aspekt.

Der zweite Aspekt ist dann der: Wenn man natürlich auch sagt, gut, es muß in dieser Richtung etwas erfolgen, dann stellen wir doch aber auch heute fest, daß die Firma, die die Organisationsuntersuchungen dort im Hause vorgenommen hat, z.B. den Teilauftrag gar nicht bekommen hat, nämlich sich damit auseinanderzusetzen: Soll der Arbeitsschutz in der Zukunft bei den entsprechenden Berufsgenossenschaften durchgeführt werden? Es ging hier um eine ganz andere Fragestellung, nämlich um die Fragestellung: Wie kann die Zusammenarbeit auf der einen Seite und den entsprechenden Berufsgenossenschaften auf der anderen in der Zukunft effektiviert werden im Sinne eines "Getrennt-Schlagen-aber-vereint-Handeln"?

Das ist doch eine unmögliche Angelegenheit, wenn man so verfährt und immer wieder in der Presse in den letzten 14 Tagen diese Meldungen hat. Wir müssen natürlich versuchen, darauf aktuell einzusteigen. Denn es macht für uns ja keinen Sinn, in einen solchen Ausschuß zu kommen und solche aktuellen Dinge nicht zu berücksichtigen. Uns kommt es schon komisch vor, denn die Zahl 8 000 haben wir in eine bestimmte Verbindung gesetzt - na ja. Wir sind der Sache auf der Spur, aber irgendwie kommt immer der Arbeitstab Aufgabenkritik interessanterweise auch in der Presse, wenn es um solche konkreten Sachen geht, mit hinein.

Vorsitzender: Als Mitglied der CDU stehe ich ja nicht im Verdacht, die Landesregierung oder die Arbeitsgruppe oder das Ministerium da in Schutz zu nehmen, aber als Vorsitzender muß ich sagen: Erstens, wir sind genauso oft verärgert darüber, daß wir solche Dinge aus der Zeitung erfahren und nicht die Unterlagen hier haben - da befinden wir uns im gleichen Boot. Aber das ist nun einmal Regierungshandeln, und das andere ist der Haushalts-gesetzgeber und die politische Kontrolle. Seien Sie sicher, wir werden der Angelegenheit nachgehen. Geben Sie uns bitte die Unterlagen mit den 8 000 Stellen, damit wir das allen Kollegen zur Verfügung stellen.

Bodewig (DGB): Zur Wiederbesetzungssperre: Für jede Alternative sind wir dankbar. Die einprozentige Stellenabsenkung ist für uns nicht die Alternative. Das sollte auch deutlich werden.

(Vorsitzender: Okay.)

Das ist der eine Punkt, und der zweite: Organisationsuntersuchungen. Sie sagen, das ist übliches Verfahren. Das, was dort praktiziert worden ist durch den Arbeitsstab Aufgabenkritik, daß Anfang September ein Vorschlag gemacht wurde, der so definitiv für das ganze System des dualen Arbeitsschutzes ist, dazu kann ich nur sagen: Dann hätten Sie zumindest die Hälfte der Kosten der Organisationsuntersuchungen für den Bereich Arbeitsschutz sofort sparen können. Ich halte das für ein Verfahren, das wirklich nicht akzeptabel ist.

Der nächste Punkt: Wir werden das, was Herr Walsgen gesagt hat, aufgreifen. Wir werden uns an die Landesregierung wenden, und wir würden uns freuen, wenn wir hier aus diesem Bereich wie aus dem Ausschuß insgesamt dann auch die notwendige Rückendeckung bekommen. Dafür würden wir uns dann schon im Vorhinein herzlich bedanken.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ich darf mich bei allen Vertretern des DGB herzlich bedanken. Wir kommen zum Deutschen Beamtenbund - Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Ritter (Deutscher Beamtenbund): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg muß ich sagen, daß ich kein Papier habe, das ich Ihnen vorweg geben kann, denn, was ich gleich hier vorgetragen werde und hoffentlich auch noch lesen kann, das habe ich mir heute morgen noch notiert. Wenn es sein müßte, bin ich gern bereit, es noch abzuiktieren und nachzuliefern.

Vielleicht kann ich mit einer Vorbemerkung außerhalb meiner Bemerkungen anfangen: Uns hat natürlich auch interessiert, was in "Westpol" berichtet worden ist. Eine Nachfrage im Finanzministerium hat unsererseits ergeben, daß dem Redakteur in "Westpol" gesagt worden ist, daß er eine Meldung verbreitet, die im Finanzministerium so nicht bestätigt werden kann. Man hat "Westpol" gebeten, diese Meldung nicht zu bringen - sie ist trotzdem gebracht worden. Das heißt also, hier hat offenbar ein Redakteur in den Medien etwas anderes geschrieben, als in Wirklichkeit vorhanden ist. Das ist uns im Finanzministerium gesagt worden, weil im Finanzministerium angefragt worden ist, ob man diese Meldung so bringen könne.

(Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) (Düsseldorf): Sie sagten gerade, es sei etwas gesagt worden, was in der Wirklichkeit nicht existiert.)

Was so vom Finanzministerium nicht autorisiert worden ist. Man hat es trotzdem gebracht. Die Unruhe in der Verwaltung, die auch davon betroffen war, hat sich insofern gelegt.

(Vorsitzender: Das ist ja nun ein absoluter Einzelfall.)

Ich wollte es nur einmal beitragen, weil es zum Sachverhalt gehört.

Herr Vorsitzender, das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute ist rechtzeitig gekommen, um uns klarzumachen, wie es um uns steht - sehr ernst. Das alles vor dem Hintergrund, daß der EG-Binnenmarkt 1993 vor der Tür steht, daß eine neue Finanzverfassung gesucht wird und man nicht weiß, wie man die anderen Dinge finanziell regeln soll. Auf Nordrhein-Westfalen bezogen teilt der Deutsche Beamtenbund die Sorge um die Finanzierung dieses und der nächsten Haushalte. Das sagen wir hier sehr ernst.

Der Deutsche Beamtenbund versteht auch die Zwänge, denen das Kabinett unterworfen war bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs. Wir könnten durchaus auch verstehen, wenn Sie ähnliche Zwänge hier bei sich und bei Ihrer Arbeit sehen. Dennoch werden Sie sicher auch verstehen, daß wir die Akzente aus den Kenntnissen, die wir aus der Mitgliedschaft und aus den Mitgliedsverbänden bekommen, etwas anders setzen werden, als sie im Haushaltsentwurf zu finden sind.

Vorweg noch etwas zur Zusammenarbeit - hier aus den Anhörungen - zwischen Ihrem Ausschuß und uns, dem Deutschen Beamtenbund. Wir haben bisher versucht, unsere Vorstellungen immer fundiert, sachlich und nüchtern einzubringen. Sie, der Unterausschuß Personal, haben dies gewürdigt, und wir können befriedigt feststellen, daß auf dieser Grundlage Entscheidungen vorbereitet werden konnten, die kleine Schritte auch im Positiven ermöglicht haben - dafür möchten wir uns ausdrücklich bedanken.

Wir vertrauen deshalb darauf, daß unsere Argumente auch bei der Beratung des Personalhaushalts 93 genauso ernsthaft geprüft und gewürdigt werden. Wir haben alle Fakten, die wir von den Mitgliedsverbänden bekommen haben und die geprüft worden sind, in einer schriftlichen Stellungnahme zusammengefaßt. Wir haben Sie Ihnen zugeleitet, Sie haben sie.

Zum Anhörungsgegenstand - wobei ich den Bereich der Verwaltung abdecke, und der Kollege Dr. Sprenger nachher den Bereich Bildung und Schule anspricht:

Stichwort "Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung". Die Stellenplanpolitik und auch die Beratung des Personalhaushalts ist mehr als das haushaltsmäßige Strecken nach der zu kurzen Decke. Ein mehrere Jahre umfassender Nullstellenzuwachs gefährdet die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung unseres Landes, wenn die Absicht, die das Kabinett formuliert hat, bis 1995 auf neue Leistungsgesetze zu verzichten, aus politischen Gründen nicht realisiert werden kann oder aber weil die Gesetzgebungskompetenz für diese Leistungsgesetze gar nicht beim Land liegt. Das ist also eine sehr unsichere Verbindung.

Sie gefährdet die Funktionsfähigkeit weiter, wenn Aufgabenkritik nicht endlich bei der kritischen Durchforstung der im Land bestehenden Staatsaufgaben beginnt und damit ernst macht. Vor ein paar Tagen ist wohl bei einer Tagung ein griffiges Wort geboren worden, das von der "Luxus-Daseinsvorsorge" im Hinblick auf Haushaltstellen und Finanzierung der öffentlichen Verwaltung. Das ist sehr griffig, aber es trifft den Kern nicht. In vielen Bereichen unserer Verwaltung ist mangels Personal das Notwendige schon nicht mehr gesichert. Ich nenne einige Stichworte: Justiz, Polizei, Steuer, Schule.

Unter diesen Umständen kann man nicht davon sprechen, daß "Luxus-Daseinsvorsorge" über Stellenabbau im öffentlichen Dienst abgebaut wird. Der Auftrag an den Arbeitsstab Aufgabenkritik greift insoweit auch zu kurz, weil mehr Effizienz - die wir immer begrüßen - oft nur die Lücken füllen wird, die der Vollzug des gesetzlichen Auftrags besonders in der Qualität heute schon deutlich aufweist.

Wir regen deshalb an, daß sich dieser Ausschuß mit dem politischen Ansatz des Arbeitsstabes Aufgabenkritik, sprich: mit dem Auftrag dieses Arbeitsstabes, befassen sollte. Die Abstimmung und die Abklärung zu den Gutachten sollte nach unserer Meinung zuerst einmal Verwaltung und Personalvertretung überlassen bleiben, weil dort nämlich intern abgeklärt werden muß, was durchgesetzt und umgesetzt werden kann. Im Übrigen ist uns über Schwierigkeiten bei der verfahrensmäßigen Abwicklung der Organisationsgutachten nichts bekannt - z.B. auch nicht aus dem Hauptpersonalrat Finanzministerium, wo derzeit wichtige Gutachten in Arbeit sind und wo außerdem federführend andere Gutachten auch über den Hauptpersonalrat betreut werden.

Stichwort: ehrliche Politik. Ich meine, das müßte ich ersetzen und etwas zuspitzen durch das Stichwort: ehrliche Politiker. Wir möchten Sie bitten - und zwar Sie als die Kenner der Verwaltung und der Verwaltungsmöglichkeiten -, dafür zu sorgen, daß die Bürger klar und deutlich erfahren, daß immer neue Wünsche, immer neue Gesetze, immer neue Fallzahlen bei Nullstellenzuwachs weder in der gewohnten Zeit noch in der gewohnten Qualität erledigt werden können. Sorgen Sie bitte dafür, daß der Gesetzgeber, d.h. dieser Landtag, alle Abgeordneten dieses Landtags, die Verantwortung übernimmt. Machen Sie es bitte klar und deutlich, und der Landtag sollte es auch so deutlich formulieren. Befreien Sie bitte die öffentliche Verwaltung von dem ungeheuren Anspruchsdruck der Bürger, die alle nicht wissen, daß der Gesetzgeber zwar ständig neue Gesetze beschließt oder verfeinert, das notwendige Personal aber nicht bereitstellt. Ein Beispiel nur: Betreuungsgesetz.

Dieses Stichwort "ehrliche Politik, ehrliche Politiker" hat aber auch noch andere Seiten: Es ist nach unserer Meinung unverantwortlich, einerseits z.B. die Teilzeit und Beurlaubungsmöglichkeiten nach § 78b auszuweiten, wenn demselben Gesetzgeber bekannt ist, daß in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung unseres Landes die Anwendung dieses Gesetzes aus dienstlichen Gründen gar nicht möglich ist oder, wenn es angewandt werden soll, die

Arbeitslast den übrigen Beschäftigten aufgebürdet werden muß. Das dient der Akzeptanz der Frauenförderung im öffentlichen Dienst und in der Verwaltung überhaupt nicht, schon gar nicht in Verwaltungen mit hohem Frauenanteil.

Für ebenso unverantwortlich halten wir es vom Deutschen Beamtenbund - und das am Beispiel der Polizei klargemacht -, daß durch ministerielle oder durch politische Äußerungen im Kollegenkreis der Polizei Hoffnungen geweckt und verstärkt werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie später aus politischen oder haushaltsmäßigen Gründen so überhaupt erfüllt werden können. Wir denken, daß die Kolleginnen und Kollegen der Polizei Anspruch darauf haben zu wissen, wie ihre Funktion bewertet wird, wie man dies umsetzt und wie die Position jetzt ist. Hier muß die Politik Sicherheit schaffen und nicht Unruhe. Wir plädieren z.B. dafür, daß die Nachrücker aus dem mittleren Dienst in 1993 so zu behandeln sind wie die Nachrücker im mittleren Dienst im Haushalt 1992. Das würde viel dazu beitragen, daß im Bereich der Polizei etwas mehr Ruhe einkehrt.

Ich hatte schon angedeutet, daß der Deutsche Beamtenbund wegen der ernststen Haushaltslage globalen Stellenvermehrungen nicht das Wort redet. Wir fordern allerdings, das Haushaltsgesetz und die Stellenpläne schwerpunktmäßig in einigen Punkten zu korrigieren. Punkt Nr. 1 - unter dem Stichwort "Politik der kleinen Schritte": Die umfassende, die pauschale Stellenbesetzungssperre, die nur den Lehrerbereich nicht betrifft, muß weg. Sie verstößt gegen den gesunden Menschenverstand. Sind Stellen zur Aufgabenerledigung nicht notwendig, so kann das Kabinett vorschlagen, sie zu streichen oder sie zu verlagern. Sind Stellen zur Aufgabenerledigung notwendig, dann ist eine Besetzungs- bzw. Wiederbesetzungssperre konsequenterweise auszuschließen. Der Deutsche Beamtenbund fordert Sie auf, die pauschale Besetzungssperre zugunsten einer Regelung zu streichen, die die notwendige, und zwar arbeitsplatzbezogene Besetzung bzw. Wiederbesetzung erlaubt. Nehmen Sie doch bitte die Ressorts in die Begründungspflicht.

1 Prozent Absenkung anstelle der Wiederbesetzungssperre ist eine noch schlechtere Alternative. Sie beläßt diejenigen im Bereich des öffentlichen Dienstes, der öffentlichen Verwaltung, die, sage ich einmal, etwas auf der Guthabenseite haben, weiterhin in der Sonne, und die anderen, die sowieso schon Not leiden, kommen noch mehr auf die Schattenseite. Das ist eine ganz schlechte Alternative.

Die Schlüsselverbesserungen - nächstes Stichwort - nach § 26 Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung von 1991 mit der Anpassung haben für die allgemeine Verwaltung eine Anhebung bei A 12 von 12 % auf 16 % und bei A 13 von 4 % auf 6 % gebracht. Im Einzelplan 12 - Geschäftsbereich Finanzministerium sind bei Kap. 12 200 LbV diese zusätzlichen Schlüsselungsmöglichkeiten offenbar im vergangenen Jahr vergessen worden. Wir möchten Sie bitten, daß die beiden Tranchen, die möglich sind, die aus 1992 zusammen mit der aus 1993, im Haushalt 1993 möglich werden.



Ein weiteres Stichwort: Einstellungsermächtigung. Nur über Einstellungsermächtigungen ist es einer Reihe von Verwaltungen möglich, ihren Nachwuchs und ihr Personal zu gewinnen. Diese Verwaltungen erfahren derzeit in erschreckender Weise, daß die Bewerberzahl bei gleichzeitiger Abnahme der Qualität der Bewerbungen zurückgehen. Wir bitten Sie sehr dringend, die in den Entwürfen der Einzelpläne - und insbesondere hier Kap. 04 040 Gerichte und Staatsanwaltschaften, Kap. 04 050 Justizvollzugseinrichtungen, Kap. 07 333 Versorgungsverwaltung und Kap. 12 050 Steuerverwaltung - ausgebrachten Einstellungsermächtigungen zu überprüfen und zu erhöhen. Ich verweise hierzu auf die Zahlen in unserer schriftlichen Vorlage. Sie können sie dort nachlesen.

Beispielhaft möchte ich hier die Absenkung der Einstellungsermächtigungen im Kap. 12 050 Steuerverwaltung erwähnen. Beim gehobenen Dienst 1992: 673 auf 1993: 651. Beim mittleren Dienst 1992: 390 auf 1993: 350. Die Gründe, die für höhere Einstellungsermächtigungen gerade in diesem Bereich sprechen, gelten heute ebenso; sie sind eher noch stärker geworden. Sie kennen die hohen Abwanderungszahlen, und Sie wissen, daß über Einstellungen die Abwanderung nur mit jahrelanger Verzögerung ersetzt werden kann.

Im gehobenen Dienst eröffnen derzeit bessere, gezieltere Werbemöglichkeiten noch Einstellungschancen. Ich bitte Sie deshalb, auch dort aufzustocken, weil dann möglicherweise, bevor nichts mehr an Bewerbern kommt, noch etwas gerettet werden kann. Im mittleren Dienst gibt es bei steigenden Abwanderungen noch ausreichend gute Bewerber, deren Ausbildung gesichert ist, weil auch eine dezentrale Ausbildung außerhalb der Landesfinanzschule in Haan organisatorisch gesichert werden konnte. Gleichzeitig wird aber mit Einstellungen über den mittleren Dienst der Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst gesichert, und das bedeutet Fortkommensmöglichkeiten im Hinblick auf bessere Arbeitszufriedenheit für den mittleren Dienst, und es ermöglicht auch noch, teilweise Lücken zu schließen, die im gehobenen Dienst durch die Abwanderungen gerissen werden. Die Notwendigkeiten und die Begründungen für diese Personalmaßnahmen kennen Sie. Ich brauche nur zwei Stichworte zu erwähnen: EG-Binnenmarkt 1993 mit ganz neuen Umsatzsteuerregelungen, erheblichem Arbeitsaufwand und die absehbare Bewertung des Grundgesetzes, die sicherlich in den nächsten schätzungsweise zwei, drei Jahren kommen wird.

Der Deutsche Beamtenbund fordert weiter - nächstes Stichwort -, die kw-Vermerke bei Angestelltenstellen zu streichen, wobei wir meinen, daß folgende Gründe für Sie maßgeblich sein könnten:

Wenn Verwaltungen erstens Arbeitszuwächse bzw. neue Aufgaben nachweisen könnten. Ein zweiter Grund könnte sein: Wenn die Verwaltungshilfe in Brandenburg, wie z.B. im Bereich der Rechtspflege und der Steuerverwaltung, Personal wohl noch mindestens bis zur Jahrtausendwende binden wird.

Neue Aufgaben, die die Streichung von kw-Vermerken notwendig machen, entstehen unter anderem überall dort, wo die Datenverarbeitung umfassend - ich denke, auch in Ihrem Sinne - eingesetzt werden soll. Wenn ich auch hier auf ein Beispiel aus der Steuer-

verwaltung zurückgreifen darf, was sicher für andere Verwaltungen ebenso gilt: Die umfassende Realisierung von Datenverarbeitungseinsätzen erfordert Ausbildung, Schulung und Fortbildung durch ADV-Betreuer und Systembetreuer. Dazu ist aber Personal nötig. Wenn man schon keines über zusätzliche Stellen bekommt, dann kann man es behalten in der Verwaltung, indem die kw-Vermerke gestrichen werden und, falls Fluktuation eintritt, auf diesen Stellen dann das entsprechende, dringend benötigte Personal eingestellt wird.

Bitte bedenken Sie auch, daß kw-Vermerke die überaus schwierige Problematik der befristeten Arbeitsverträge aufwerfen. Eine Korrektur in den Stellenplänen wäre da überaus hilfreich, auch um all die Kolleginnen und Kollegen in Sicherheit zu bringen, die derzeit ihren Arbeitsplatz in völliger Ungewißheit haben.

Das ist keine Stellenvermehrung. Man könnte vielleicht auch einmal darüber nachdenken, ob hier ein Stufenplan möglich wäre beim Abbau dieser kw-Vermerke im Hinblick auf diese besondere Problematik.

Schließlich möchte ich in diesem Zusammenhang noch die kw-Vermerke in der Titelgruppe 79 ansprechen - auch im Hinblick auf die langdauernde Verwaltungshilfe, die möglicherweise ressortbezogen unterschiedlich lang sein wird, aber, denke ich, in einigen Ressorts sicherlich auch noch bis zum Jahr 2000 dauern wird. Hier wäre es sehr, sehr nützlich, wenn die kw-Vermerke nicht immer wieder um ein Jahr verlängert würden, sondern mittelfristig eine andere Lösung gefunden würde.

Das wäre von meiner Seite aus unsere Vorstellung zur Anhörung zum Stellenplan. Der Kollege Dr. Sprenger wird das jetzt weiter übernehmen für Bildung und Schule.

Vorsitzender: Herzlichen Dank, Herr Ritter, für Ihren prägnanten Vortrag. Hören wir erst Herrn Dr. Sprenger an und machen dann die Fragerunde. Bitte sehr.

Dr. Sprenger (Deutscher Beamtenbund): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, wir haben Ihnen eine Vorlage gegeben - dort stehen die Einzelheiten ausführlich verzeichnet. Sie erlauben mir trotzdem, daß ich in wenigen Sätzen die Probleme des Schul- und Hochschulbereichs ein bißchen gegen den Strich bürste, um deutlich zu machen, worauf es gerade unter der uns seit Jahren bekannten, aber besonders prekären Haushaltssituation beim Haushalt 93 ankommt.

Ich glaube, Sie machen sich noch kein Bild davon, aber das wird bald kommen, welche Auswirkungen auf die Motivation im Schulbereich die Auswirkungen des Handlungskonzepts der Landesregierung zu haben beginnen. Lehrer sind ja gutwillig - wenn sie ihre Arbeit haben, sind sie eigentlich schon ganz glücklich; wenn die Arbeitsbedingungen immer schrecklicher werden, dann merken Sie das ja erst im Laufe der ersten sechs oder acht Wochen, aber wenn Sie es dann merken, dann vergessen Sie es auch so schnell nicht wieder.

Deshalb gleich vorab zu allen anderen Dingen, die noch kommen werden, die dringende Bitte: Nicht noch einmal so etwas! Das, was passiert ist im ersten Schlage, ist schon schlimm genug gewesen. Der Kollege Hoppe hat es schon deutlich gemacht: Wir haben gut 50 000 Schüler mehr im nächsten Schuljahr, und wir werden nach den Haushaltsplänen, wenn ich einmal die Randbereiche herauslasse, ungefähr 2 300 Lehrerstellen allein bei den Grundansätzen und den generellen Zuschlägen weniger haben. Wenn man dann im Gesamthaushalt Einzelplan 05 nur minus 447 oder 477 Stellen liest, dann verstecken sich diese anderen Zuwächse eben in Bereichen, die mit Schule gar nichts zu tun haben. Das ist um so schlimmer, als tatsächlich - ich könnte das für die Einzelbereiche vorführen - hier die Unterrichtsversorgung sich nicht verbessern wird, d.h. die vermeintlich positiven Auswirkungen des Handlungskonzepts der Landesregierung haben sich bereits in der ersten Runde aufgebraucht. Sie werden in Zukunft nicht mehr dazu reichen, um Neueinstellungen zu verhindern. Deswegen wird - das ist deutlich abzusehen - für den Bereich Schule die dreifache Nullrunde nicht machbar sein.

Es gibt Fakten, die für 1993 ff vorliegen, die nicht wegdiskutiert werden können. Das erste sind die wachsenden Schülerzahlen, und die werden uns in den nächsten fünf, sechs Jahren begleiten, bevor der nächste Geburtenknick einsetzt. Dringende Bitte an den Landtag beim Haushalt 1993, diese Mehraufgaben, wie eben schon erwähnt, nicht durch erweiterte oder neue Sparmaßnahmen gegenüber den Lehrern aufzufangen, denn diese haben, was Klassengrößen, was Entlastungsstunden, was Altersermäßigung, was Arbeitszeitverkürzung angeht, schon erhebliche Vorleistungen gebracht, die weit höher liegen als 1 % bei der generellen Stelleneinsparung - 2 300 auf 128 000 kann man leicht rechnen.

Gerade weil im Schulbereich so viele Vorleistungen erbracht worden sind, müssen wir mit Nachdruck darauf bestehen, daß jetzt die Dinge ausgeschöpft werden können, die eigentlich für den gesamten öffentlichen Dienst selbstverständlich sind, z.B. die Ausschöpfung aller Aufstiegschancen. Es gibt keinen Bereich im öffentlichen Dienst, in dem nicht mindestens einmal im Berufsleben eine Beförderung stattfindet - Ausnahme: Schulbereich, mindestens für drei von sieben Schulformen.

Zweiter Punkt: Ausschöpfung aller vorhandenen Beförderungsmöglichkeiten auch nach dem von Herrn Ritter bereits angesprochenen Stellenschlüssel.

Dritter Punkt - und damit will ich dann auf eine Ur-Ur-Ur-Altlast hinweisen: Unsere gemeinsamen Forderungen nach den zweiten Direktoren an größeren Schulen, die immer noch nicht eingerichtet worden sind in Nordrhein-Westfalen, obwohl sie im Bundesbesoldungsgesetz vorgesehen sind. Das heißt - die GEW hat es andersherum formuliert -: Die Ausschöpfung der Beförderungsmöglichkeiten für Funktionsstelleninhaber nach dem Bundesbesoldungsgesetz - das ist ja in Nordrhein-Westfalen nicht genutzt - und die Durchstufung nicht nur der Fachlehrer, sondern z.B. auch der durch die Stufenlehrer-Besoldung und die Stufenlehrer-Einstufung im Schulbereich jetzt nachträglich und noch besonders stark benachteilig-

ten Kolleginnen und Kollegen an den Hauptschulen, die jetzt als einzige im Bereich von A 12 festsitzen bleiben, während die anderen wenigstens eine Hoffnung haben, irgendwann einmal eine Bewährungsbeförderung zu bekommen.

Ein Problem auf mittlere Sicht, das wir sehr stark befürchten und dessen erste Auswirkungen schon im Haushaltsplan 1993 abzulesen sind, sind die Pläne des Finanzministers, den Bereich des Schulwesens zu entrenchlichen, d.h. den § 5 Schulfinanzgesetz ganz aufzuheben und damit auf sichere und für die Personalwirtschaft nicht nur des Kultusministers, sondern auch aller Schulen im Lande notwendigen sicheren Parameter irgendwann zu eliminieren.

Sollte dieses tatsächlich stattfinden - angekündigt ist es im Kienbaum-Gutachten und in Diskussionen mit dem Kultusminister als Befürchtung weitergegeben worden -, dann werden wir zu Bewertungen und auch zu Expektanten für die nächsten Haushaltspläne kommen, die überhaupt keine Übersicht mehr liefern können. Wir sehen einen ersten Einstieg darin, daß man die Zuschläge in die Grundstellen eingearbeitet hat und dort so tut, als ob sich quer über alle Schulformen bei den Schüler-Lehrerstellen-Relationen, die noch ein einziges Mal im Haushaltsgesetz als Begründung angeführt worden sind, scheinbare Verbesserungen eingetreten sind, im Schnitt um 0,5 Schüler pro Lehrer, aber nur durch einen Zahlentrick, indem man nämlich die bisher getrennt ausgewiesenen Zuschläge einfach reingerechnet hat, zum Teil völlig sachlich widersinnig.

Nächster Punkt, der uns zur Zeit noch mit großer Skepsis zuschauen läßt, ist der an sich nicht unvernünftige Ansatz, für bestimmte zusätzliche Bedarfe - so heißt ja dieses unschöne deutsche Wort neuerdings, weil es offensichtlich mehr als einen gibt - mit Geld statt Stellen ein zusätzliches Instrument zu schaffen. Einmal ganz davon abgesehen, daß dieses Instrument nicht greift, weil ja erst am Ende des ersten Schulhalbjahres etwa von der Schulaufsichtsbehörde festgestellt worden sein wird - hier muß man Futur II verwenden -, welchen Zusatzbedarf die einzelne Schule hat, und daß dann die Schulbehörde in etwa daran geht, diesen zusätzlichen Bedarf durch flexible Einstellungen vielleicht in absehbarer Zeit zu bereinigen. Dann dürfte dieses Schuljahr bereits zu Ende sein. Im nächsten Schuljahr gibt es wieder das gleiche Geschäft. Dies funktioniert also nur, wenn mit dem an sich ja nicht unpraktischen Grundsatz, ein bißchen Geld für zusätzliche Notmaßnahmen zur Verfügung zu haben, ortsnah gearbeitet wird.

Die Befürchtung, die wir von Gewerkschaftsseite haben, ist natürlich die, daß durch einen Ketten-Fristvertrag notwendige Neueinstellungen durch befristete Geldzahlungen aufgehoben werden. Nun ist das zur Zeit noch nicht abzusehen, aber in drei Jahren erledigt sich das Problem ohnehin. Sie wissen, daß im Bildungsbereich die kw-Stellen gegen Null gehen. Sie sind ja innerhalb der letzten drei Jahre praktisch von 100 % auf magere 7 oder 8 % geschrumpft. Im Grund- und Hauptschulbereich ist gar nichts mehr da, im Gymnasialbereich, den ich sehr genau kenne, sind es noch 400 Stellen.

Es ist also im Grunde nicht mehr der Rede wert, was da übrig ist, so daß auch für diesen Bereich der Zusatzeinstellungen für Ersatz von Erziehungsurlaub oder ähnlichem oder mindestens für die Zeit der ersten zwei Jahre kaum noch Personal zur Verfügung steht. Wenn das erst über langfristige Landeslisten irgendwo abgefragt werden muß, bringt das überhaupt nichts mehr. Klammer auf: In dem Zusammenhang sollte sehr intensiv auch von diesem Unterausschuß darüber nachgedacht werden, ob die fachbezogene Einstellungspolitik des Kultusministers überhaupt noch einen Sinn hat, wenn in Zukunft der Lehrermangel sich fachspezifisch praktisch über alle Fächer verbreitet.

Der Punkt, der uns sehr große Sorgen macht, den ich bereits vorhin angesprochen habe, ist - das ist das nächste Problem - die von Nordrhein-Westfalen gewählte Lösung zur Finanzierung der Stufenlehrer. Man hat sich entgegen den beiden anderen Bundesländern - die allerdings klein sind -, Hamburg und Bremen, für die Billiglösung entschieden, d.h. man bezahlt die Stufenlehrer auf der untersten Ebene in A 12, und - was nun eine neue Politik ist - auch die Inhaber von kombinierten Ämtern, die etwa von der 5. bis zur 13. Jahrgangsstufe in bestimmten Fächern unterrichten dürfen, werden so bezahlt, als ob sie nur von der 5. bis zur 10. Jahrgangsstufe unterrichten dürften, d.h. sie werden als S I-Lehrer bezahlt, obwohl sie als kombinierte S I-/S II-Lehrer ausgebildet sind. Konsequenz, die bereits deutlich abzulesen ist: Gerade in den Mangelfächern, die ohnehin immer der Konkurrenz von der Industrie und Technik oder anderen Verwaltungen standhalten müssen, wandern die wenigen vorhandenen Fachlehrer noch ab in andere Bundesländer.

Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen: Im nächsten Sommer werden im Bereich des Regierungspräsidenten Münster ungefähr 60 Physiklehrer im Gymnasialbereich in Pension gehen. Zur gleichen Zeit wird im gesamten RP-Bereich Münster an fünf Seminaren ein einziger Physiklehrer ausgebildet. Das heißt, zu Beginn des nächsten Schuljahres fehlen 59 Fachlehrer für Physik. Das ist nicht mehr aufzufangen, und zwar deswegen, weil niemand, der diesen Bereich studiert, noch bei einer A 12-Besoldung in den Schuldienst geht, wenn er zu gleichen Bedingungen heute, wenn er ein bißchen Informatik kann, irgendwo in der Industrie einen guten Job bekommen kann. Dies sind Dinge, die dazu führen, daß Nordrhein-Westfalen gerade im Bereich des Fachlehrermangels immer weiter nach hinten rutscht, und die süd- und südwestdeutschen Bundesländer werben bereits kräftig die in Nordrhein-Westfalen gut ausgebildeten Fachleute aus dem Schulbereich massiv ab, obwohl die Einstellungschancen dort auch nicht viel besser sind.

Dieses Problem mit dieser massiven Dauerwirkung sollte eigentlich dazu führen, daß der Landtag den Finanzminister und den Kultusminister gemeinsam auffordert, das Thema Stufenlehrer-Besoldung noch einmal durch eine Initiative des Landes in den Bundesrat zu bringen, damit dort unter Umständen eine Lösung gefunden werden kann, die dieses ärgerliche Unternehmen im positiven Sinne heilt, d.h. die Billiglösung durch eine gerechte Bezahlungslösung ablöst.

Ich hoffe, daß ich Sie nicht gelangweilt habe und Ihnen einige Sonderprobleme genannt habe. Ich möchte am Schluß noch einmal zusammenfassen:

Der Schulbereich hat eine massive Sparvorleistung für dieses Schuljahr gebracht. Die Auswirkungen werden vielleicht im nächsten Schuljahr erst wirklich sichtbar sein, aber die kontraproduktiven Sparmaßnahmen, die jetzt hier im Haushalt 93 gerechnet werden, werden sich bis zum Jahre 1994 nicht fortsetzen lassen, d.h. wir bitten dringend darum, daß dieser Unterausschuß nach Absprache mit den Experten im Kulturbereich darüber nachdenkt, wie mindestens im Hinblick auf den Haushalt 1994 umgesteuert wird, damit wirklich im Schulbereich größere Katastrophen wegen eines horrenden Lehrermangels vermieden werden. Wir können uns nicht vorstellen - wir haben uns auch unseren Kopf darüber zerbrochen -, daß die Null-Runden oder die Null-Einstellungspolitik bis zum Jahre 1995 für den Bildungsbereich überhaupt durchzuhalten ist.

Was zum Hochschulbereich zu sagen wäre, finden Sie in unseren schriftlichen Vorlagen. Ich bedanke mich.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Dr. Sprenger, auch für den sehr gestrafften, sich auf die wesentlichen Kernpunkte beziehenden Vortrag.

Einige Bemerkungen erlauben Sie mir hier: Lehrer, haben Sie gesagt, sind "gutwillig und nicht vergeßlich". Ich habe mir das aufgeschrieben. Da steht drin: "Lehrer sind gut und willig." Ich kann das nur unterstreichen.

(Dr. Sprenger: Aber wie Elefanten!)

Was die Vergeßlichkeit angeht, da möchte ich den Bogen spannen zu Herrn Ritter: Was die Glaubwürdigkeit angeht, da, denke ich, sind wir jetzt alle gefragt, auch in der Politik. Ich glaube, die Stunde der Wahrheit ist gekommen, mit ganz unpopulären Schritten vorzugehen - eine größere Volkspartei hat das ja in den letzten drei Tagen hier in Düsseldorf gemacht. Das wird nicht auf großes Wohlwollen in allen Bevölkerungskreisen stoßen, aber der Zwang der nicht mehr vorhandenen Mittel wird uns dahin bringen.

Lassen Sie mich zwei Anmerkungen machen, Herr Ritter: Erstens, wenn wir bei der Planstellenobergrenzenverordnung der LBV etwas vergessen haben, dann werden wir das nachholen - wir haben das hier notiert. Das ist gar keine Frage. Was die Titelgruppe 79 - Verlängerung der Brandenburghilfe angeht - auch das darf ich allen hier sagen; ich habe das auch für alle stellvertretend im Ausschuß während der Haushaltsplanberatungen schon gesagt, auch beim Nachtragshaushalt -: Herzlichen Dank an alle Kollegen, die darüber gehen, aber genauso ein Dankeschön an die, die die Arbeit für die hier weiter mitmachen, denn beides macht nur einen Schuh daraus. Wir werden von allen Häusern im Rahmen der Haushaltsplanberatungen von dem Finanzminister eine Aufstellung bekommen über den Verlauf und die Entwicklung der Abordnungen nach Brandenburg in den einzelnen Häusern.

Es besteht jetzt schon Einigkeit, Herr Dr. Sprenger - das darf ich Ihnen jetzt schon sagen für alle, die hier vertreten sind -, daß wir in zwei Bereichen, im Bereich Finanz- und in dem Bereich Innenminister, auf jeden Fall bis zum Jahr 2000 weiterhin Unterstützung leisten müssen. Darüber gibt es überhaupt keine Frage; die anderen Bereiche laufen langsam aus. Es war dort auch übereinstimmende Meinung, daß wir dann nicht die kw-Vermerke von Jahr zu Jahr verlängern sollten, sondern, wenn wir wissen, daß wir im Bereich der Ausbildung beispielsweise in den nächsten fünf bis acht Jahren noch Hilfe leisten müssen, dann müssen die kw-Vermerke auch mit dem Ziel ausgebracht werden, damit man auch im Bereich der Planung des Nachersatzes entsprechend vorgehen kann.

Das, darf ich Ihnen sagen, ist unstrittig hier, und das ist vielleicht auch ein Punkt der vielen kleinen Schritte, die wir hier gemeinsam machen. Auch dafür möchte ich mich für alle Kollegen hier im Ausschuß noch einmal herzlich bedanken. Es passiert ja nicht so ganz oft, daß die Politik gelobt wird, Herr Sprenger.

(Dr. Sprenger: Herr Ritter hat Sie gelobt - ich bin da viel vorsichtiger)

Herr Ritter, nicht Sie - Entschuldigung. Sie sind da vorsichtiger.

Eine Anmerkung aber doch für Sie noch, Herr Dr. Sprenger: Die Abschaffung der AVO war auch ein Vorschlag von Kienbaum. Wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, mit welchen Konsequenzen das verbunden ist. Aber eines darf ich sicherlich hier auch schon sagen: Die neu in die Schule kommenden Kinder haben natürlich einen Anspruch darauf, genauso ausgebildet zu werden wie die im Jahre 1991. Da gibt es, glaube ich, gar kein Vertun. Die Frage ist, wie wir es umsetzen. Aber daß da etwas geschehen muß, das ist, glaube ich, unstrittig.

Dr. Sprenger: Wenn ich noch auf einen Punkt hinweisen darf: Der Kultusminister betont in letzter Zeit so stark - und der Finanzminister hat ihm da nicht widersprochen -, daß praktisch nur im Schulbereich Einstellungen vorgenommen worden seien und in nicht unerheblicher Größe. Dahinter wird aber versteckt, daß auch der Ausstieg aus diesem Bereich erhebliche Größenordnungen hat und daß nicht einmal der Ersatzbedarf befriedigt worden ist, ganz zu schweigen davon, daß die eigentlich nach alter Regelung noch notwendigen Neueinstellungen getätigt worden wären. Das ist ja schon reingesackt in das Kienbaum-Gutachten; das kam ja gerade zur rechten Zeit.

Das heißt also: Wenn Sie Größenordnungen von 4 000 bis 5 000 Neueinstellungen in den nächsten Jahren vorsehen, dann kommen Sie nicht einmal an das heran, was eigentlich nach den gängigen Berechnungen, die wir ja auch über längere Zeit anstellen, notwendig wäre. Wenn es aber gegen Null geht, dann prophezeie ich Ihnen - und leider sind meine Prophezeiungen seit 20 Jahren alle eingetroffen, was Stellenpläne angeht - die Katastrophe für den

Sommer 1994. Dann sage ich hier auch politisch: Das ist gar nicht so weit weg von den Landtagswahlen. So eine Katastrophe kann sich eigentlich kein Parlament leisten.

Vorsitzender: Wir haben es als Hinweis und als nichts anderes verstanden.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Frage an Herrn Ritter - er forderte gerade die Ehrlichkeit der Politiker -: Teilen Sie meine Auffassung, Herr Ritter, daß, wenn eine gewerkschaftliche Forderung einen nicht erfüllbaren Erwartungshorizont schafft, es dann nicht richtig sein kann, diesen nicht erfüllbaren Erwartungshorizont der Politik vor die Füße zu kegeln und zu sagen, die Politiker seien nicht ehrlich. Beispiel: Die zweigeteilte Laufbahn ist zu Ende. Sie brauchen nur die letzte Plenardebatte zu lesen. Da ist mit deutlicher Ehrlichkeit von dem Kollgen Walsken für die SPD-Fraktion, von mir für meine Fraktion erklärt worden, daß die Sache parlamentarisch, gesetzesmäßig, finanziell nicht geht, und der Innenminister hat dann den Abgesang gemacht und gesagt: "Ich bin hingegangen und habe das, was für das Jahr 2000 vorgesehen war, bis zum Jahre 1995 durchgeführt. Damit ist das Thema 40,4 % im Lande Nordrhein-Westfalen erledigt."

Wir sind nicht bereit - egal was für Konferenzen und Versammlungen kommen -, einen gewerkschaftlich nicht erfüllbaren Erwartungshorizont, den wir nicht geschaffen haben, uns vor die Füße kegeln zu lassen nach dem Motto: Die Politik ist nicht ehrlich, weil sie den Erwartungshorizont nicht erfüllt hat. Sie brauchen nur die Plenardebatte nachzulesen - da ist die Ehrlichkeit Satz für Satz und Punkt für Punkt drin.

Dr. Sprenger: Das lassen wir so stehen.

Vorsitzender: Das ist in einer Anhörung so.

Abgeordneter Wagner (CDU): Noch eine Frage an Herrn Ritter: Sie haben zu der Situation der Besetzungssperre ein paar sehr kritische Anmerkungen gemacht und sagen, es treffe dann immer die falschen Ressorts, und sind auch schon davon ausgegangen, daß in einigen Bereichen eine Besetzungssperre nicht aufrechtzuerhalten ist, um die Funktion der Behörde oder des öffentlichen Dienstes in den Bereichen auch zu sichern. Aber dann haben Sie in einem Nachsatz gesagt: Es gibt die sonnigen Bereiche, wo alles aufgrund von Zufälligkeiten üppig läuft, und diese seien dabei völlig ungeschoren davon gekommen. Könnten Sie uns denn einmal einen Tip geben, wie wir dahinterkommen könnten, wo Besetzungssperren außer den ausgeklammerten Ressorts wirklich zu sehr erheblichen Beeinträchtigungen der Verwaltungsarbeit führt und wo sie dann noch immer so sonnig weiterläuft und es zu viele gibt. Da wären wir für Tips sehr zugänglich, daß wir konkret sagen könnten: Da müssen wir dann einmal.

(Vorsitzender: Wir alle, Herr Ritter.)

RITTER (DBB): Tips zu geben, wo zuviel ist, das ist ein bißchen zuviel verlangt.



(Abgeordneter Wanger (CDU): Das habe ich mir fast gedacht.)

Ich sage es einmal ganz (vorsichtig), indem ich mich da zurücknehme: Den Apparat, das im einzelnen festzustellen und zu verifizieren, den haben wir nicht. Da ist jedes Ressort besser in der Lage und das Kabinett sicher auch. Aber umgekehrt wird ein Schuh draus. Wenn man z.B. weiß, daß im Justizvollzugsdienst gerade die Wiederbesetzungssperre enorme Schwierigkeiten aufwirft, enorme Schwierigkeiten, dann braucht man eigentlich nur hinzugehen und zu fragen. Ich denke, von allen Seiten wird Ihnen für dieses Ressort, für diesen Arbeitsbereich bestätigt werden, daß die Stellenbesetzungssperre, die Wiederbesetzungssperre in dem Bereich fast unüberwindbare Arbeitshemmnisse aufwirft.

Abgeordneter Wagner (CDU): Das wissen wir.

Ritter: Jetzt bin ich etwas erstaunt. Weil Sie mich fragten, wo dies denn besonders ausgeprägt zutage träte.

Abgeordneter Wagner (CDU): Ich wollte von Ihnen wissen, wo es ausgeprägt so sonnig zugeht.

Vorsitzender: Herr Kollege, die Sonne scheint überhaupt nicht.

(Abg. Wagner (CDU): Ich habe den Ausdruck übernommen.)

Vielleicht in Afrika, aber hier im Moment nicht.

Abgeordneter Wagner (CDU): Ich wollte noch etwas zu den kw-Vermerken sagen: Die kw-Vermerke sind Bestandteil der Haushaltspläne und haben für uns nicht nur eine formale Aussage, sondern auch eine Konsequenzaussage. Sie haben recht: Die Verlängerungen der kw-Vermerke sind natürlich auch nicht so sehr glaubwürdig und effektiv. Welchen Vorschlag machen Sie denn da, um zu etwas Dauerhafterem, aber trotzdem unter dem Aspekt (des Sparens) - der kw-Vermerk ist ja nicht unbegründet rausgebracht worden - zu einer effektiveren Lösung zu kommen? Da, wo der Effekt, den wir erwartet haben, nicht eingetreten ist, müssen wir uns auch bereit erklären, den kw-Vermerk zu verlängern, aber es ist ja für die betroffenen Stellen immer so ein Unsicherheitsfaktor. Wie könnten Sie sich denn eine solche längerfristige Lösung bei kw-Vermerken vorstellen?

Ritter: Wir sind ja selber auf der Suche nach Möglichkeiten. Wir kennen nur die Symptome. Wir wissen, daß es Arbeitsbereiche gibt, in denen, gerade wegen der kw-Vermerke, eine große Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse existiert. Auf diese befristeten Arbeitsverhältnisse und den Einsatz dieses Personals kann man gar nicht verzichten, um mit der Arbeit fertig zu werden. Das wäre also ein Ansatz, vielleicht diese Dinge einmal im Vergleich der Ressorts nebeneinander zu überprüfen und festzustellen, ob es da über einen Stufenplan eine Abbaumöglichkeit für kw-Vermerke gibt. Ich kann verstehen, daß man nicht sagt, wir streichen alle kw-Vermerke ab heute für alle, aber man könnte ja vielleicht in

einem Stufenplan 50 % der kw-Vermerke in den Ressorts streichen, in denen diese Verhältnisse, wie ich sie gerade geschildert habe, auftreten.

Zweite Ergänzung: Wenn man weiß - deshalb habe ich die Datenverarbeitung eben angesprochen -, daß in Zukunft kw-Vermerke durch Fluktuation vollziehbar werden, aber in demselben Arbeitsbereich zusätzliches Personal zwingend notwendig ist, um die Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen, dann muß man da eine Verbindung schaffen. Dann sollte man diese kw-Vermerke aufheben, um sicherzustellen, daß die Rationalisierung gut vorbereitet werden kann.

Arbeitskräfte für die Begleitung dieser Rationalisierungsmaßnahmen - ich bleibe einmal bei diesem Begriff, auch wenn er vielleicht verschiedene Facetten hat und, gewerkschaftlich gesehen, auch unangenehme: Datenverarbeitung im allgemeinen Einsatz, demnächst flächendeckend, erfordert, daß man sämtliches Personal vorweg ausbildet, daß man ständig auf dem Laufenden bleibt im Bereich der Datenverarbeitung, in der Datenverarbeitungsbetreuung und in der Systembetreuung - das sind zwei verschiedene Dinge.

Dann braucht man dafür Personal, und das gewinnt man nicht ad hoc in der Verwaltung selbst, sondern das muß man auf dem Arbeitsmarkt suchen. Da besteht die Chance, und dafür braucht man diese Stellen. Wenn allerdings eine Stelle mit kw-Vermerk versehen ist, machen Sie keinem Bewerber klar, daß er auf einem sicheren Posten sitzt. Der Finanzminister und andere Ressortminister können noch so oft sagen, der kw-Vermerk beziehe sich auf die Stelle und richte sich nicht gegen die Person - es wird gefragt: Wie sicher bin ich denn, wenn ich komme? Man gibt ja auch einen anderen Arbeitsplatz möglicherweise auf. Da möchte man gesichert sein und nicht auf dem Feuerstuhl sitzen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Ritter. Bevor ich es vergesse: Im Namen der Frau Präsidentin darf ich Sie alle, die Sie heute zu uns gekommen sind, zu den Getränken, die auf Ihren Tischen stehen, herzlich einladen. Das hatte ich zu Beginn vergessen zu sagen. Sie können auch jetzt noch eine zweite Tasse bestellen - das läßt der Landeshaushalt gerade noch zu. Um das deutlich zu sagen: Wir Abgeordneten zahlen, auch diejenigen aus den Ministerien. Nur Sie als Gäste, die, die wir eingeladen haben, sind eingeladen.

Abgeordneter Walsken (SPD): Herr Ritter, ich will noch kurz auf zwei Komplexe eingehen: Die Frage EDV-Einsatz in der Verwaltung halte ich in der Tat für ein völlig ungelöstes Problem. Ich habe da lange nach den Ursachen geforscht und bin eigentlich zu dem Ergebnis gekommen, daß es in der Regel damit zusammenhängt, daß die Organisationschefs in der Verwaltung einer Generation angehören, die Schwierigkeiten mit dem Umgang von EDV hat. Das ist mein Eindruck. Ich habe sogar den Eindruck, daß vielfach die Organisationschefs sogar die jüngeren Leute bremsen beim Einsatz von EDV, daß die jüngeren viel besser sind und viel mehr können, als die Organisationschefs sich zuzugeben trauen. Ich will das hier nicht vertiefen. Aber ich denke, daß Ihre Hinweise sehr gut und wichtig sind, weil wir uns diesem Thema vielleicht noch einmal nähern müssen, auch von unserer Seite aus.

Ich halte es auch für denkbar, daß Personal auf kw-Stellen geführt werden muß, die eine solche Implementierung von EDV begleiten. Aber das Problem ist ja allein bei der Software: Wir müssen ja Leute haben, die auch das Thema, um das es da geht, kennen - und das können Sie natürlich nur mit jungen Finanzbeamten machen, um dieses Beispiel zu nehmen. Nur die kennen ja die Software; die wissen auch, wo die Probleme liegen.

Bei der rein technischen Anwendung kann man natürlich auch keine Leute nehmen, von denen man weiß, daß, wenn die Sachen einmal laufen, wenn die Sachbearbeiter die im Griff haben, die dann auch da bleiben. Was sollen die da machen? Die haben von der Qualifikation andere Voraussetzungen, um in der Verwaltung bleiben zu können. Da muß man sich zumindest etwas überlegen. Vielleicht würde sich die Möglichkeit anbieten, in den Organisationsverwaltungen solche Leute festzuhalten, um den weiteren Prozeß steuern zu können. Da gibt es eine ganze Reihe von Problemen, die aber alle so notwendig sind, sie zu diskutieren, daß ich vielleicht anregen möchte, ob wir nicht hier als Ausschuß, Herr Vorsitzender, einmal im nächsten Frühjahr dieses Thema mit den Ministerialverwaltungen noch einmal diskutieren, vielleicht unter Beteiligung der Berufsverbände, wie EDV in der Verwaltung angewendet, eingebaut, gefördert werden kann und welche Rolle diese Begleitprobleme spielen.

Zum Thema Umwandlung von kw-Vermerken will ich jetzt einmal losgelöst von dem Thema EDV etwas sagen: Es gibt ja für viele Bereiche spezielle, konkrete Begründungen, weshalb Stellen mit kw-Vermerken versehen sind - ich denke einmal an die ganze Titelgruppe 79. Das ist ja ganz klar begründet, daß man sagt, die sind als Ausgleich für Beamte, die in den neuen Bundesländern tätig sind. Das hat spätestens in vier oder fünf Jahren ein Ende - egal wie der Zeitraum ist, es ist also befristet. So kann man doch nur kw-Stellen zur Verfügung stellen. Wenn die Sache erledigt ist, kann man die wieder streichen.

Das gleiche haben wir bei der Polizei - da sind auch kw-Stellen für Angestellte eingerichtet worden. Wenn wir eine Lücke gesehen haben innerhalb der Polizei-Verwaltung, die damit zusammenhing, daß Anwärter fehlen, dann haben wir gesagt, wir schaffen kw-Stellen so lange, bis die Anwärter zur Verfügung stehen, und dann laufen die kw-Vermerke aus. Das ist also immer ganz konkret auf bestimmte Vorgänge bezogen gewesen. Deshalb kann man das nicht generalisieren und sagen: Jetzt nehmen wir von den kw-Stellen in Stufenplänen welche rüber in die Verwaltung. Das ist ja dann nichts anderes als eine Aufblähung der Verwaltung, ohne daß das mit der konkreten Sache, für die diese kw-Stellen eingerichtet worden sind, in Zusammenhang steht.

Darin sehe ich Probleme. Man könnte eher umgekehrt argumentieren und fragen: Wo ist denn ganz konkret ein Bedarf für Stellen? Dann müssen wir darüber reden, wer den befriedigt. Ob wir dann rein haushaltsrechtlich dafür eine kw-Stelle nehmen, das ist eine andere Geschichte. Man muß da schon ganz konkret diskutieren,

z.B. konkret an dem Beispiel EDV-Einsatz - dort wäre das wirklich denkbar. Aber das so pauschal zu sagen, wir müssen da jetzt einen Stufenplan machen, das halte ich für ein bißchen problematisch.

Ritter: Herr Walsken, das, denke ich, ist so interessant und bietet auch Lösungsmöglichkeiten für beide Seiten, um es durchaus in ein gemeinsames Gespräch zu bringen. Dabei könnte Datenverarbeitung als Grundtatbestand, sagen wir einmal, der Ausgangspunkt der Diskussion sein.

Um noch einmal zu diesen kw-Vermerken zu kommen: In jeder Verwaltung gibt es Fluktuation. Diese Fluktuation sorgt dafür, daß kw-Vermerke in einem mittelfristigen Zeitraum erfüllt werden können. Wenn die kw-Vermerke aber immer nur auf das nächste Jahresende ausgebracht werden, habe ich die Schwierigkeit, daß ich möglicherweise die geeigneten Bewerber für kurze Fristen nicht bekomme. Habe ich einen länger ausgebrachten kw-Vermerk, wie jetzt im Zusammenhang mit der Hilfe in Brandenburg auf vier, fünf oder sieben Jahre bis zum Jahre 2000, dann kann die Verwaltung eigentlich auch in ihren Einstellungsgesprächen ehrlich argumentieren. Sie kann sagen, daß in diesem Zeitraum immer Fluktuation eintritt, die einen Austausch möglich macht, und derjenige, der gewonnen worden ist für diese spezielle Aufgabe, vielleicht auch für die Datenverarbeitung, hat aber die Sicherheit, in der Verwaltung bleiben zu können. Er ist nicht auf dem unsicheren Posten. Das ist das eine.

Das zweite ist: Es gibt Verwaltungen, in denen die Fluktuation unterschiedlich stark je nach Landesbereichen ist - in den Ballungsgebieten sehr viel stärker als im ländlichen Bereich. Dann führt das dazu, daß kw-Vermerke in den Bereichen, in denen sowieso Personalmangel herrscht und die Fluktuation zusätzlich besonders hoch ist, die kw-Vermerke vollzogen werden, in anderen Bereichen allerdings das Personal längerfristig bleibt, nicht in der Fluktuation ist, insofern also eine Schieflage eintritt in der Besetzung mit Personal. Das ist ein zweiter Mangel dieser kw-Vermerke. Auch da müßte man suchen, ob es nicht bessere Möglichkeiten gibt.

Abschließend, weil Sie das vorhin ansprachen mit der Datenverarbeitung und der software, ein Beispiel aus der Steuerverwaltung: Die ADV-Betreuer, die eingestellt worden sind, sind z.T. gewonnen worden aus dem Kreise von Pädagogen, die Informatik als Fach belegt hatten, die natürlich in diesen Bereich eingestiegen sind und, angelernt und zusätzlich ausgebildet in diesem Bereich, ihre Arbeit sehr gut machen. Das heißt also, man könnte durchaus Personal gewinnen. Sie wissen, das Reservoir in diesem Bereich ist leider sehr groß. Das ist allerdings ein Vorteil für die Verwaltung, entsprechend Personal zu gewinnen.

Dr. Sprenger (DBB): Darf ich Ihnen einen kleinen Vermerk geben, wie notwendig das ist, was Herr Walsken anregt. An den, ich glaube, 70 Studien-, Bezirksseminaren für die Lehrerausbildung sind jetzt im Rahmen der großen Maßnahme, die mit 2,5 Mio. bezuschußt wird, im Laufe des letzten und des nächsten Jahres EDV-Geräte für die informations- und kommunikationstechnische Grundbildung

an den Schulen eingeführt worden. Der Kultusminister hat diesen Seminaren verboten, diese EDV für die Verwaltungstätigkeit in der gleichen Dienststelle mitzubeneutzen. Das heißt, die Seminar-dienststellen arbeiten noch mit Schreibmaschinen, die der Regie-rungspräsident in seinem Büro nicht mehr braucht, weil sie zu schlecht sind. Die Maschinen stehen vormittags, wenn die Referen-dare nicht in den Seminaren, sondern in den Schulen sind, still herum, und es ist verboten, sie für eine vernünftige Verbesserung von Verwaltungstätigkeit in den Seminaren zu benutzen. Wenn Sie da hilfreich wirken, bekommen Sie, glaube ich, noch Segenssprüche von mancher gestreßten Sekretärin aus dem Seminar.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Dr. Sprenger. Bevor ich Ihnen noch einmal ganz herzlich danke, möchte ich das mit den Schreib-maschinen noch einmal aufnehmen. Wenn sie denn ja wenigstens genutzt würden. Da hat man ja welche angeschafft - jetzt gucke ich den Herrn Treese an -, die ja nicht einmal mehr zu bedienen sind, nicht nur, weil man es nicht kann, sondern auch, weil man es teilweise nicht will. Ich stelle Ihnen anheim, Herr Treese, oder einem Ihrer Kollegen, zu diesem Thema "Einführung von EDV in der Gerichtsbarkeit" - da gibt es ja so ein schönes Gutachten und auch eine Befragung - einmal etwas zu sagen. Es ist in der Tat oft so, daß es von oben auch gar nicht gewollt ist. Dann kommt es zu diesen Verzerrungen, wie wir es ja hier oft zur Kenntnis neh-men müssen.

Eine Erkenntnis darf ich Ihnen vielleicht auch hier schon geben: Ich habe das auch lernen müssen, wie alle, daß EDV zumindest in der Anfangsphase nicht automatisch zu Personaleinsparungen führt - im Gegenteil. Die Frage ist nur, ob man das, was man an zusätz-lichen Informationen gewinnt, auch alles braucht. Auch die Frage, denke ich, muß man sich stellen. Es ist ohne Zweifel eine erheb-liche Qualitätsverbesserung, was die Information, die Kontrolle, die Planung angeht, aber in manchen Bereichen stellt man sich die Frage, ob man es denn auch wirklich alles brauchte. Aber das ist ein sehr komplexer Bereich. Zumindest die Illusion hat man uns genommen - als Haushaltspolitiker sage ich das einmal -, mit der Einführung von EDV könnte im nächsten Jahr das, was man an Inve-stitionskosten hat, an Personalkosten einspart werden.

Die Rechnung geht sicherlich nicht auf, aber das ist auch eine Erkenntnis, an die wir uns langsam herantasten müssen.

Ich darf Ihnen noch einmal, Herr Ritter und Herr Dr. Sprenger, ganz herzlich danken für Ihren kurzen, sehr präzisen, auf die Schwerpunkte konzentrierten Beitrag. Seien Sie sicher, daß wir diese Dinge aufnehmen und teilweise ja auch schon aufgenommen haben und auch mit Ihnen noch einmal in den Dialog eintreten. Was Schule angeht, sind sicherlich noch Rücksprachen mit unseren Kol-legen aus dem Kulturausschuß und dem Schulausschuß notwendig.

Ganz herzlichen Dank. Wir kommen zum nächsten großen Block, zum Deutschen Richterbund. Herr Treese, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Treese (Deutscher Richterbund): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, lassen Sie mich Ihnen danken für meine Chance jetzt, ein paar Dinge zu unserer Stellungnahme abzugeben.

Die Landesregierung hat deutlich gemacht, daß die Verlängerung des Nullstellenwachstums im Personalbereich bis 1995 gelten soll. Angesichts dieser Tatsache und der allgemeinen Haushaltslage unseres Landes ist der Ruf nach mehr Stellen sicherlich nur schwer durchsetzbar. Deswegen will ich auch gar nicht darauf verfallen, Ihnen vorzurechnen, wieviel Arbeitsaufgaben für Richter und Staatsanwälte gegeben sind, und wieviel Köpfe dem gegenüber stehen. Das können Sie in den Anlagebänden zu den Personalbedarfsberechnungen nachlesen.

Bereits im vorigen Jahr habe ich Ihnen zur Situation des Betreuungsgesetzes etwas erläutern dürfen und für diesen Bereich 113 Richterstellen gefordert. Es sind 23 geworden mit einem Sperrvermerk, so daß die Besetzung ab 1.10. erfolgen konnte.

Wenn ich mir die Seitenbemerkung noch erlauben darf zu kw-Vermerken allgemein: Wie unsinnig kw-Vermerke auch im Bereich der Justiz sein können, sehen Sie gerade an diesem Beispiel, daß Sie anerkanntermaßen zusätzliche Arbeitsaufgaben haben in einem Bereich und dann dort im Bereich der Amtsgerichte, weil die anderen Stellen aus Gerichtsverfassungsgesetzgründen nicht einer Stellenbesetzungssperre unterliegen, diese Stellenbesetzungssperren erwirtschaften müssen. Da sehen Sie diesen teilweise hahnebüchernen Unsinn darin.

Was im Bereich des Betreuungsgesetzes an zusätzlichen Stellen vonnöten wäre, kann man in etwa nach einem Dreivierteljahr erahnen. Vielleicht haben auch einige von Ihnen diesen Dreiteiler mit der Inge Meysel gesehen, "Kein pflegeleichter Fall", dann ist Ihnen das auch noch einmal ein bißchen vor Augen geführt worden. Ansonsten lade ich jeden von Ihnen ein, sich einmal über die Tätigkeit eines Betreuungsrichters vor Ort zu informieren.

Die Kundigen gehen hier von einer Mehrbelastung von, vorsichtig geschätzt, 50 % aus, und dann können Sie sich vorstellen, daß die 23 zusätzlichen Stellen, die es gegeben hat, diesen Mehrbedarf nicht annähernd abdecken können. Den Einwand, daß dann die Amtsgerichte an anderer Stelle einsparen müßten und dann die Arbeit durch Umsetzung ermöglichen sollten, der zieht nicht. Ohne Personalverstärkung haben die Amtsgerichte eine Streitwertveränderung auf 6 000 DM ab dem 1.04.1991 hinnehmen müssen. In allen - und ich betone, in allen - Bereichen sind bei den Amtsgerichten steigende Zahlen zu vermelden; das können Sie im Justizministerialblatt vom 15. September dieses Jahres nachlesen. Da ist nichts mit Umschichtung oder "Aus-den-Rippen-Schneiden". Dies gilt um so mehr, als die nächste Streitwertveränderung auf 10 000 DM geht und damit eine Verlagerung von Prozessen auf die Amtsgerichte ins Haus steht, ohne daß absehbar wäre, wie die amtsgerichtliche Meßlatte für diese Arbeitsaufgaben dann lauten soll.

Begrüßen will ich die vorgesehene Verlängerung und Erweiterung der Hilfe für Brandenburg und Teile Mecklenburg-Vorpommerns. Das zeigt, daß der Haushaltsgesetzgeber erkannt hat, daß diese Hilfe in der Titelgruppe 79 nicht ohne Folgen aus dem Bestand geleistet werden kann. Ich bin nicht so euphemistisch zu sagen, daß das auch in zwei Jahren im Rahmen der Justiz zu Ende ist. Gerade im Bereich des neueinzurichtenden Oberlandesgerichts in Brandenburg und auch im Bereich der Bezirksgerichte, wie sie noch heißen bis Ende 1994, und bei den Landgerichten kann das nicht erfüllt werden. Weder mit den von Brandenburg übernommenen Richterkräften noch mit den 100 oder 120 Richterinnen und Richtern, die von Brandenburg eingestellt sind und hier bei uns in Nordrhein-Westfalen für ein Jahr ausgebildet werden - die ersten sind gerade seit 1. Oktober in Brandenburg eingetroffen und haben ihren Dienst aufgenommen -, geht das. Sie haben absolute Berufsanfänger; die können Sie dann nicht in diesen Prozessen einsetzen. Das gleiche gilt für den Bereich der Staatsanwaltschaft - darauf geht Herr Thiemann vielleicht gleich noch ein.

Eine weitere und notwendige Konsequenz der Hilfe für die neuen Länder ist auch der erhöhte Ausbildungsbedarf. Wenn wir hier in Nordrhein-Westfalen diese notwendige Hilfe übernehmen und für unsere Partnerländer schulen, ist es nur richtig, daß wir auch das notwendige Lehrpersonal dafür zur Verfügung stellen müssen. Ich hoffe, daß die hierfür vorgesehene Erhöhung ausreicht.

Herr Bensmann, den Hinweis auf die EDV in unserem Bereich habe ich so noch nicht ganz verstanden. Ich würde gerne mit Ihnen diskutieren - dafür sind wir ja auch da - oder Erläuterungen dazu geben. Es liegt sicherlich nicht daran, daß Richter und Staatsanwälte in unserem Lande EDV-feindlich sind. Seit Monaten werden keine PCs mehr im Bereich der Justiz - obwohl die Anforderungen vorliegen - verteilt, wenn ich das so sagen darf. Das stockt mindestens seit Mitte des Jahres, weil die im Rahmen der EDV vorgesehenen Haushaltsmittel zunächst in andere Bereiche geflossen sind oder Bereiche fließen. Man will vielleicht gucken, ob zum Ende des Jahres noch ein bißchen Geld vorhanden ist, um noch den einen oder anderen PC anzuschaffen.

Wenn Sie SoJusFam (?) in Oberhausen ansprechen sollten, da ist die Probephase beendet, und das wird mit dieser vorgesehenen Zentraleinheit, mit dem Targon 31 und dergleichen, wohl nicht weitergefahren werden. Da hat die Arbeitsgruppe einen Termin zum Dezember gesetzt bekommen, um zu sehen, wie es in diesem Bereich, Familienbereich, Geschäftsstelle, Richterarbeitsplatz, weitergehen soll. Den Bereich der Staatsanwaltschaft können Sie eigentlich auch nicht meinen. Ich komme gerade gestern abend aus Brandenburg zurück, und wenn ich sehe, was dort an sächlichen Arbeitsmöglichkeiten im Bereich der Geschäftsstellen, Kanzleien und bei den Richterinnen und Richtern steht, dann kann sich Nordrhein-Westfalen aber noch lange eine Scheibe davon abschneiden.

Ich danke Ihnen soweit dazu erst einmal, und Herr Thiemann und Herr Berscheid werden dann zu weiteren Einzelheiten aus dem Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit bzw. der Staatsanwaltschaft etwas sagen.

Vorsitzender: Ich danke auch, Herr Treese. Dazu gleich noch etwas. Herr Thiemann, bitte schön.

Thiemann (Deutscher Richterbund): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Herr Treese hat darauf verzichtet, auf Zahlen einzugehen - ich will das nicht ganz tun. Ich will doch kurz auf den Zustand, wie er jetzt bei der Staatsanwaltschaft herrscht, und auf die Aussichten eingehen. Ihre eigenen Personalbedarfsberechnungen gehen davon aus, daß in Nordrhein-Westfalen ein Bedarf von 1 250 Staatsanwälten besteht. Tatsächlich vorhanden sind 975, wenn das so zutrifft - ich gehe davon aus. Ich will über die Probleme, die durch die Abordnung von besonders erfahrenen Kolleginnen und Kollegen in die neuen Bundesländer entstanden sind, gar nicht sprechen. Das müssen wir uns alle irgendwie anziehen, und damit müssen wir fertig werden.

Zu Bedenken geben andere Zahlen Anlaß, und zwar ist die Zahl der Ermittlungsverfahren erheblich angestiegen - von 1989 bis 1991 um 5 500. Da muß man berücksichtigen, daß die Erledigungszahlen bei den Staatsanwaltschaften weiter gestiegen sind. Es sind also von 1989 411 000 bis 1991 417 000 Verfahren erledigt, und dennoch sind die offenen Verfahren angestiegen, und zwar um 12,5 % im Bereich der Staatsanwaltschaft. Das ist meines Erachtens nicht zu übersehen. Weiter ist zu sehen, daß weitere Belastungen auf die Staatsanwaltschaft zukommen: einmal durch die Grenzöffnung nach Osten; es ist ein deutlicher Anstieg bei der organisierten Kriminalität festzustellen - Betäubungsdelikte, organisierte PKW-Diebstähle, Schutzgelderpressungen -; es kommen neue Deliktformen auf uns zu, wozu ich insbesondere die rechtsradikalen und ausländerfeindlichen Tendenzen rechne.

Der Justizminister und auch der Innenminister fordern zu Recht ein energisches Einschreiten gegen solche Tendenzen und fordern auch, daß unverzüglich eingeschritten wird. Diese Verfahren sind allerdings besonders arbeitsintensiv und müssen erledigt werden zu Lasten anderer Verfahren.

Hinzu kommt eine zusätzliche Belastung im Bereich der Staatsanwaltschaft durch die durchaus wünschenswerte Neuorganisation der Polizeibehörden. Es werden der Schutzpolizei teilweise neue Aufgaben aus dem Bereich der Kriminalitätsbekämpfung übertragen. Freiwerdende Kräfte werden zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität - Korruption, Rauschgifthandel und ähnliche Dinge - eingesetzt. Das macht z.B. im Bereich des Polizeipräsidiums Köln etwa 150 Beamte aus. Dies wird sich kurzfristig bei den Staatsanwaltschaften niederschlagen. Der Justizminister weiß, daß mehr Arbeit auf die Staatsanwaltschaft zukommt. Das Personal für diese Mehrarbeit steht nicht zur Verfügung.

Der Ist-Zustand bei den Staatsanwaltschaften sieht so aus, daß die Standardverfahren - das ist also die normale Kriminalität, die Jugendkriminalität - mehr, ich sage das einmal so hier, im "Husch-husch-Verfahren" erledigt werden. Da versucht man also, der Aktenberge Herr zu werden, egal letztendlich wie das aussieht. Die Kollegen bemühen sich zwar, das vernünftig zu machen, aber das ist eine reine Aktenbewältigung, die da betrieben wird.



In den Sonderabteilungen, sprich: Betäubungsmittel, organisierte Kriminalität, und ähnlichen Abteilungen, insbesondere auch im Bereich der Wirtschaftskriminalität, werden diese Dinge ausgeglichen, indem Verfahren schlichtweg nicht mehr bearbeitet werden können. Ich kann Ihnen sagen - ich hoffe, daß das nicht zur nächsten Anfrage führen wird, die dann bei uns wieder große Aufregung hervorruft -, daß es z.B. eine große Wirtschaftsabteilung in diesem Lande gibt, wo Listen geführt werden über die Verfahren, die nicht bearbeitet werden können.

Die Kolleginnen und Kollegen versuchen, dieses aufzufangen. Es gibt da zwei Sorten von Kollegen und Kolleginnen: die einen resignieren und wissen nicht mehr, wie sie damit fertig werden sollen, und die anderen arbeiten über ihre Belastungsgrenze ganz deutlich hinaus. Ich sehe dabei auf Dauer schlechte Aussichten für unseren Rechtsstaat. Ich gehe davon aus, daß die Zahl der unerledigten Verfahren weiter deutlich ansteigen wird. Ich gehe weiter davon aus, daß zwar einige Verfahren - z.B. rechtsradikale Tendenzen - vorrangig bearbeitet werden können, daß dies allerdings Löcher an anderen Stellen aufreißt. Und ich gehe davon aus, daß es immer häufiger vorkommen wird, daß, wie in der Vergangenheit bereits in Ansätzen geschehen, Straftäter aus Untersuchungshaft entlassen werden müssen, weil die Verfahren nicht gefördert werden können, und daß es vorkommen wird, wie wir es gerade im Bereich der Wirtschaftskriminalität haben - das kann ich beurteilen, weil ich dort selber tätig bin -, daß Großverfahren nicht in dem Umfang gefördert werden können, wie dies sein müßte, und solche Verfahren entweder nach Jahren angeklagt werden, was nicht zu dem gewünschten Ergebnis führt, oder aber nach Jahren eingestellt werden, wenn auch gegen Zahlung erheblicher Geldbußen.

Ich selbst habe gerade für den Landeshaushalt 175 000 DM erzielen können in einem Verfahren, und zwar deshalb, weil der Tatzeitraum zehn Jahre zurückliegt. Die Sache hätte vor fünf oder sechs Jahren erledigt werden müssen - das lag in diesem Fall ausnahmsweise einmal nicht an der Staatsanwaltschaft, sondern am Gericht, weil die Kammer nicht in der Lage war, das zu terminieren. Das hätte vor Jahren zu einem vernünftigen Ergebnis geführt, jetzt wird solches mit einer Geldbuße abgegolten, und das kann nicht gerecht sein.

Zu dem Bereich EDV, den Sie vorhin angesprochen haben, einen Satz: Bei der Staatsanwaltschaft wird versucht, die EDV, soweit es möglich ist und soweit etwas zur Verfügung steht, einzusetzen, aber es lassen sich nicht alle Arbeitsabläufe - und das haben Sie vorhin sehr zu Recht gesagt - durch EDV vereinfachen. Vieles von dem, was wir tun, ist einfach nicht automatisierbar.

Danke schön.

Vorsitzender: Herzlichen Dank, Herr Thiemann, Sie haben selber bei Ihrem Vortrag die Ruhe und die Nachdenklichkeit bemerkt. Das ist auch ein zweites wichtiges Wort, was zur Zeit in der politischen Diskussion neben der Glaubwürdigkeit steht: das Funktionieren des Rechtsstaates, ein Problem, das sicherlich alle Parteien

betrifft. Hier gibt es sicherlich noch Nachfragebedarf auch mit unseren Kollegen. Aber wir wollten erst Sie noch anhören, Herr Berscheid. Bitte schön.

Berscheid (Deutscher Richterbund): Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mit großem Interesse den Ausführungen des Vertreters der ÖTV heute gelauscht, der ja die Situation der Arbeitsgerichtsbarkeit, insbesondere der Ruhrgebietsgerichte und des Arbeitsgerichts Köln, geschildert hat. Es fehlen uns nach seinen Zahlen, die ich bestätigen kann, in der ersten Instanz 18 Richter und in der zweiten Instanz 4 Richter.

Das Hauptproblem ist aber nicht der richterliche Dienst, sondern der nichtrichterliche Dienst. Wir hatten 1980 einen Verhältnis-schlüssel, denn es braucht nicht jeder Richter einen Rechtspfleger und einen Geschäftsstellenbeamten. Wir hatten für die kleineren Arbeitsgerichte nichtrichterliches Personal 2,7 Kräfte, bei den Großgerichten wie Düsseldorf und Köln 2,3 und bei den Landes-arbeitsgerichten 2,1. Wenn man diesen Schlüssel zugrunde legen würde, müßte man in erster Instanz 400 nichtrichterliche Kräfte haben, 92 in der zweiten Instanz - das macht 492. Rechnet man die Zahlen der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterstellen des Haushaltes zusammen, kommt man auf 490 Stellen. Da können Sie fragen: Warum klagen die Arbeitsrichter? Wir klagen deshalb, weil in diesen 490 Stellen natürlich auch alle Verwaltungsstellen sind - da sind die Wachtmeister, die Hausmeister, die Reinemachefrauen, die Fahrer mit drin. Wenn Sie diese rund 70 Stellen herausrechnen, fehlen rund 72 Stellen im nichtrichterlichen Dienst.

Das heißt also, wir haben in einigen Jahren insbesondere mit Hilfe dieses Ausschusses so manche richterliche Stelle bekommen, aber das notwendige nichtrichterliche Personal ist ausgeblieben. Das hat nicht nur einen Urteilsrückstau beim Arbeitsgericht in Köln zur Folge, sondern bei den Landesarbeitsgerichten dauert das Schreiben der Urteile, nachdem der Richter es abgesetzt hat, acht bis zwölf Wochen.

Da wir ja auch nicht, wenn wir heute Sitzung hatten, morgen das Urteil abliefern und da schon mit dem Absetzen an unsere gesetzlichen Grenzen von vier Wochen kommen, kann man sich vorstellen, wie lange es dauert, bis der Bürger das, was dann Urteils-spruch geworden ist, auch auf dem Papier nachlesen kann.

In dem Einsatz von Datenverarbeitung haben wir zwei Problemkreise: Einmal gibt es seit einigen Jahren Rechtsprechungssammlungen auf CDrom - unsere Büchermittel sind begrenzt. Es ist teilweise ja so, daß die Urteile vorher geschrieben werden, d.h. also, bei den kleineren Arbeitsgerichten stapeln sich unter Umständen die losen Blattsammlungen, d.h. man hat keine aktuelle Rechtsprechungssammlung. Während man, wenn man EDV - wir haben sogar beim Landesarbeitsgericht Hamm eine Entscheidungssammlung auf CDrom im Probetrieb - einsetzt, sich als Richter sehr schnell das Neueste nachlesen kann. Die Dienste sind teilweise so, daß sie mit zwei Wochen- bzw. Monatsabstand auf einer Diskette Nachlieferun-

gen über eine Art Schnelldienst bringen, so daß man da wenigstens das Neueste hat und dort als Richter zunächst einmal vernünftig arbeiten können würde.

Der zweite Problemkreis ist der, daß der - vom Pilotverfahren beim Arbeitsgericht Hamm abgesehen - Einsatz der Schreibgeräte, der Bildschirmgeräte mit normalen PCs nicht kompatibel ist, weil wir das System von Triumph Adler haben. Das heißt also, der Richter kann sich nicht eine Diskette geben lassen, um die zu Hause etwa durch ein Rechtschreibprogramm laufen zu lassen, um die groben Fehler, die drin sind - und die Damen mühen sich sehr, aber es bleiben immer wieder Fehler -, ausmerzen zu können oder um Änderungen, kleinere Ergänzungen vorzunehmen und dann die Diskette wieder zurückzugeben, damit der Text ausgedruckt werden kann. Das kann er auch nicht machen, sondern er muß mühsam alle Rechtschreibfehler berichtigen, seine Ergänzungen oder Änderungen eintragen, und das Ganze wird dann irgendwann wieder korrigiert, und Sie bekommen dann mit einer Zeitverzögerung wieder die Sachen vorgelegt und müssen sich dann jedes Mal wieder neu hineinverarbeiten, was jetzt eigentlich Sache ist.

Man könnte gerade mit der EDV jedenfalls die große Arbeit, die wir haben, dadurch erleichtern, daß man uns die technischen Mittel zur Verfügung stellt. Wie Herr Treese kann ich bestätigen - wir hatten jetzt unsere Verbandstagung -, daß die Kollegen in den neuen Bundesländern teilweise recht stolz darauf sind, daß sie EDV-Geräte haben und jedenfalls in diesem Punkte Arbeitserleichterung vorfinden können.

Ich danke Ihnen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Berscheid. Auch bei Ihnen einige Zahlen, die wirklich nachdenklich stimmen, wobei das ja eigentlich nicht die klassische EDV ist, sondern die unterste, die einfachste Stufe - da kann es nicht so ganz schwierig sein.

Lassen Sie mich, bevor ich zur Diskussion komme, noch eines erwähnen, Herr Treese: Ich habe eben Finanz- und Innenminister genannt. Ich habe Sie vergessen bei der Titelgruppe 79. Was die Brandenburghilfe und die Verlängerung der kw-Vermerke angeht, gehören Sie selbstverständlich in diesen Topf mit hinein. Das ist politisch unstrittig. Das wird im Laufe der Haushaltsplanberatungen noch bereinigt.

Gibt es weitere Fragen an die drei Herren?

Abgeordneter Frechen (SPD): Ich habe eine Frage hinsichtlich der Verfahren, die anhängig sind. Haben Sie ungefähr eine Vorstellung von Prozentsätzen der, wie Sie sagen, "normalen" Kriminalität und der von Ihnen erwähnten neueren Formen sozialschädlicher Kriminalität, also organisierter Kriminalität, Drogenkriminalität, Umweltkriminalität usw.?

Thiemann: Ich überblicke das nicht insgesamt, ich kann Ihnen aber dazu sagen, daß im Bereich der Rauschgiftkriminalität die Eingangszahlen des letzten Jahres längst erreicht sind. Und da

kann man sehr wohl differenzieren, und das tut die Staatsanwaltschaft auch, zwischen den Delikten, die vielleicht nicht so sehr verfolgenswert sind - ich will das hier nicht ausweiten, aber es gibt den Kleindealer und den Konsumenten; damit geht die Staatsanwaltschaft heute schon sehr großzügig um -, (und den) wirklich wichtigen Rauschgiftdelikten, die sprunghaft zugenommen haben. Das hängt z.B. auch mit der Grenzöffnung in Richtung Osten zusammen. In den Betäubungsmittelabteilungen ist derzeit ein Überhang entstanden, der schlichtweg nicht mehr erklärbar und normal ist. Da wird schlichtweg versucht, noch den Mangel zu verteilen, aber man kann es nicht mehr.

Ich kann auch sagen, weil ich dort selbst tätig bin, daß es im Bereich der Wirtschaftskriminalität einfach so ist: Es gibt sehr viele Verfahren, die nicht bearbeitet werden können, weil die Kapazitäten nicht zur Verfügung stehen. Ich will hier nicht den Amtsanwälten das Wort reden, aber es ist so, daß z.B., weil das Land Amtsanwälte nicht mehr in dem Umfang einstellt wie in der Vergangenheit, Amtsanwälte aus den Wirtschaftsabteilungen ersatzlos abgezogen werden und die Staatsanwälte diese Arbeit der Amtsanwälte mitübernehmen müssen. Die Amtsanwälte haben in den Wirtschaftsabteilungen gut gearbeitet, es sind aber keine da - die Staatsanwälte müssen die Arbeit mitübernehmen.

Vorsitzender: Seien Sie sicher, daß wir das nicht versacken lassen wollen, sondern mit den Kolleginnen und Kollegen darüber sprechen, weil uns das ja alle betrifft. Wenn die Bürger merken - und das spürt man ja an allen Ecken und Kanten -, daß der Rechtsstaat nicht funktioniert, dann wählt er gleich eine Partei, von der er den Eindruck hat, daß die das vertreten kann. Das wäre sicherlich falsch - das wollen wir alle nicht. Ich weiß noch keine Lösung, ich verspreche hier auch keine Stelle, aber die Zahlen sind schon beeindruckend. Das ist eine Verweigerung des Rechtsstaates gegenüber denjenigen, die sich nicht versündigen.

Thiemann: Es soll nicht der Eindruck entstehen, daß ich die "normale" Kriminalität abqualifizieren will in unserer Arbeit, daß ich sagen will: Darum brauchen wir uns nicht zu kümmern; wir brauchen uns nur noch um die Betäubungsmittel- oder die organisierte Kriminalität kümmern. Es ist z.B. auch sehr schädlich, wenn im Bereich der Jugendkriminalität sich Verfahren lange hinziehen. Da wäre es sehr wünschenswert, wenn wir da zeit- und tatnah vorgehen können, ohne daß ich jeden Jugendlichen, der irgendeine Straftat begeht, mit besonderen Sanktionen belegen will. Aber es hat nur dann einen Sinn, wenn man solche Taten verfolgt, wenn auch in einem überschaubaren Zeitraum die Reaktion, wie immer sie ausfallen mag, erfolgt. Dazu sind wir nicht mehr in der Lage.

Vorsitzender: Ich denke an zwei aktuelle Beispiele: Wenn man weiß, daß die Autodiebstähle zugenommen haben und man auch genau weiß, wo die Autos hingehen und der Innenminister der Republik dorthin fährt, um denen Amtshilfe zu geben, damit man überhaupt einmal erfährt, wo die Autos denn nun bleiben und das neue Kennzeichen bekommen - weiße Schrift auf schwarzem Untergrund -, dann hat das ja nichts mit Rassismus oder falscher Vergangenheitsbewältigung zu tun, sondern da muß man einschreiten. Ich finde

das auch nicht besonders glücklich, wenn einem das Autoradio gestohlen wird und man von vornherein weiß, daß nichts unternommen wird, sondern man die Bescheinigung von der Staatsanwaltschaft anfordert, weil man sich sagt: Ihr macht ja sowieso nichts - schickt mir die Bescheinigung zu, damit ich von der Versicherung das Geld zurückbekomme.

Ich denke, so stellt sich niemand einen funktionierenden Rechtsstaat vor. Ich empfinde das jedenfalls als Kapitulation. Das kann man nicht unbedingt an den materiellen Werten des Gutes festlegen, sondern das ist auch eine Frage der Psychologie, und das merken die Bürger auch sicherlich.

(Thiemann: Wobei mittlerweile nicht mehr das Autoradio geklaut wird, sondern das Auto.)

Vorsitzender: So verschiebt es sich. Seien Sie alle drei sicher - das haben Sie gemerkt -, daß wir das mit sehr viel Nachdenklichkeit aufnehmen und versuchen, dort im Rahmen des Möglichen etwas zu machen und mit unseren Kollegen sprechen werden. Ganz herzlichen Dank für Ihren Beitrag.

Last not least, die einzige Dame, Frau Marita Klein - Sie haben das Wort. Bitte schön.

Klein (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft): Herzlichen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Herren und Damen. Für die Möglichkeit, zum Entwurf des Personalhaushaltes eine Stellungnahme als Deutsche Angestellten-Gewerkschaft abgeben zu können, bedanke ich mich.

Gestatten Sie eine kurze Vorbemerkung: Unsere Vorlage mag zwar sehr augenfreundlich sein, weil sie sehr groß geschrieben ist, aber ich muß unter den Aspekten Kosten, sinkende Papierberge, Umweltschutz dazu sagen: Sie ist natürlich überhaupt nicht vertretbar. Aber auch bei uns streikte die EDV, und es war so, daß wir die Schrift nicht verkleinern konnten, so daß wir mit dieser Vorlage Vorlieb nehmen müssen.

Der Entwurf des Personalhaushaltes 1993 sieht eine Steigerung der Personalkosten von 5,8 Mrd. DM vor. Mittlerweile werden 50,1 % der Steuereinnahmen für den Personalhaushalt verbraucht. Diese Fakten werden in den Medien auch durch den Vorsitzenden des Arbeitsstabes Aufgabenkritik negativ dargestellt. Man darf aber hier nicht vergessen, daß Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich die niedrigsten Personalausgaben pro Einwohner hat. Nach unserer Auffassung ist das Dienstleistungsunternehmen Landesdienst ein personalintensives Unternehmen, das auch einen entsprechenden Personalbestand zur Aufgabenbewältigung benötigt.

Beim letzten Mal haben wir schon die Absicht des Finanzministers kritisiert, die Personalausgaben mit den zu erwartenden Steuereinnahmen über eine Personalsteuerquote zu verquicken. Wir befürchten, daß dann Aufgaben nur noch nach dem Kostengünstigkeitsprinzip durchgeführt werden. Sprudeln die Quellen, ist alles

möglich, versiegen sie, werden nur noch kostenneutrale Aufgaben wahrgenommen. Hier ist ein inhaltliches Konzept der Landesregierung für weitere Aufgaben gefordert.

Es sollen alle Landesaufgaben unvoreingenommen auf ihre Effizienz überprüft werden. Deshalb stehen, wie in der Presse zu lesen ist, 50 % der Personalstellen auf dem Prüfstand. Die Ergebnisse liegen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor. Wir als Interessensvertreter der im Landesdienst Beschäftigten können keine detaillierten Stellungnahmen zum Personalhaushalt abgeben, wenn die Aufgabenkritik in Verbindung mit den erstellten Organisationsgutachten von Ihrer Seite noch nicht erfolgt ist. Es besteht die Gefahr, daß wir heute einen Entwurf des Personalhaushaltes diskutieren, der in vier Wochen schon Makulatur ist. Wir haben ja eben den Termin, 9. November, gehört, wenn die erwarteten Steuereinnahmen vorliegen, so daß dann das, was uns heute vorgelegt wurde, Schnee von gestern sein wird.

Es ist unseres Erachtens - und das wurde auch von den Vorrednern, besonders von den DGB-Gewerkschaften, kritisiert - kein guter politischer Stil, wenn schon im Vorfeld, ohne die Ergebnisse der Organisationsgutachten abzuwarten, von emsigen Rechnern im Finanzministerium z.B. von Einsparungen im staatlichen Arbeitsschutz in Höhe von 1 200 Stellen gesprochen wird. Genauso geistern Zahlen für die Bereiche der Agrarverwaltung mit 200, für die Staatliche Bauverwaltung mit 400, für das Landesamt für Statistik mit 500 in den Medien, die nicht an inhaltlichen Fakten festgemacht sind. Sie dienen nur dem Zweck, die Einsparungszahlen von 8 000 Stellen gleich 1 Mrd. DM irgendwie griffiger zu machen.

Dies mag zwar sehr öffentlichkeitswirksam sein, trägt aber nicht zur Motivation der dort Beschäftigten bei. Die Fürsorgepflicht der Landesregierung gegenüber ihren Beschäftigten wird massiv vernachlässigt. Man muß hier auch die Frage stellen: Konnten diese Gelder für diese Untersuchungsaufträge an anderer Stelle nicht effektiver eingesetzt werden, wenn von vornherein schon der politische Wille zur Einsparung unabhängig von einer Aufgabenkritik bestand?

Es kann unseres Erachtens nicht gewollt sein, daß vordergründig durch Personaleinsparungen versucht wird, wesentliche Landesaufgaben - z.B. Überwachungsfunktionen im Arbeitsschutz - zu vernachlässigen. Für uns ist es wichtig, daß die Aufgabe des Arbeitsschutzes weiterhin in der originären Verantwortung des Landesdienstes bleibt und nicht den Berufsgenossenschaften übertragen wird.

Wir verkennen als DAG nicht, daß der Bund durch neue Gesetze und Maßnahmen seine schlechte Finanzpolitik auf Länder und Kommunen abzuwälzen versucht. Wir fragen Sie jetzt noch einmal zusammenfassend: Gibt es, an den Gutachten vorbei, schon heute politische Willenserklärungen und Vorschläge zur Personalentwicklung, zu Privatisierungsvorhaben, zur Umgestaltung von Ämterstandorten, auch im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt? Wenn ja, dann erwarten wir an dieser Stelle Ihre Positionen.

Der Haushaltentwurf sieht des weiteren eine erneute Ausweitung der Stellenbesetzungssperre, Beförderungssperre von neun auf zwölf Monate vor. Rückerinnernd kann man sagen, daß in 1981 erstmals die sechsmonatige Stellenbesetzungssperre eingerichtet wurde, sie wurde 1988 auf neun Monate verlängert und jetzt auf zwölf Monate.

Wie Sie aus den Anhörungen der letzten 13 Jahre hören konnten und nachlesen können, haben wir uns immer gegen diese Stellenbesetzungssperre ausgesprochen, die in unerträglichem Maße die Kolleginnen und Kollegen belastet. Man darf hierbei nicht vergessen, daß ja auch die Wochenarbeitszeit von im Jahre 1981 noch 40 Stunden auf 38,5 Stunden im Jahre 1990 reduziert worden ist. Hier ist natürlich die damit verbundene Leistungsverdichtung nicht zu vergessen. Auf Ihre Frage, welche Bereiche es gibt, denke ich, können wir zu den Bereichen, wo die Leistungsverdichtung sehr stark angestiegen ist, etwas sagen: Es sind diese Bereiche Justizverwaltung und auch bestimmte Verwaltungsbereiche in den nachgeordneten Behörden der Ministerien. Müssen wir uns im Jahre 2005 mit einer zweijährigen Besetzungssperre in Verbindung mit der 35-Stunden-Woche befassen?

Ungeachtet dessen hat der Finanzminister in seiner Einbringungsrede die jährlich steigende Pensionslast beklagt. Seit Jahren haben wir als DAG die unnötige Verbeamtung, die Stellenumwandlung von Angestellten- in Beamtenstellen sowie die überproportionale Einstellung von Beamtenanwärterinnen und Anwärtern im nichtthetlichen Bereich kritisiert. Man darf sich deshalb nicht wundern, daß das Verhältnis von Bediensteten : Pensionären von zur Zeit 2:1 auf 1:1 ansteigen wird. Die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung trägt ein weiteres dazu bei.

Trotz Knappheit finanzieller Ressourcen darf das als wichtig anerkannte Ziel des betrieblichen Umweltschutzes nicht aus den Augen verloren werden. Der Umweltschutz ist nur umzusetzen, wenn unsere letztjährige Forderung in den Dienststellen umgesetzt wird, Umweltbeauftragte mit Kontroll-, Prüfungs- und Beratungsaufgaben einzusetzen. Wir haben in unserem Novellierungsentwurf zum LPVG auch diesem Umstand Rechnung getragen. Im Haushaltsentwurf gibt es jedoch keine zusätzlichen Stellen für den Umweltschutz. Nimmt man den Landesdienst Umweltschutz ernst, muß hier eine Stellenmehrung erfolgen.

Zum Umweltschutz gehört aus unserer Sicht auch das "Ticket 2 000" für die Beschäftigten des Landesdienstes. Während wir von Seiten des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr positive Signale erhalten, teilt uns das Finanzministerium mit, daß aus Gründen der Finanzierbarkeit keine tarifvertraglichen Regelungen vereinbart werden können. Die Vergabe von bisher unentgeltlich zur Verfügung gestellten Behördenparkplätzen soll künftig an die Abnahme eines "Tickets 2 000" geknüpft werden. Nur diejenigen sollen Anspruch auf die Nutzung eines Behördenparkplatzes haben, die ein Ticket 2 000 erwerben. Diese einseitige Regelung wird sicherlich nicht den gewünschten Erfolg haben.

Zum Begriff neue Techniken: Der Arbeitsstab Aufgabenkritik überprüft ja auch die Effizienz der Landesverwaltung im Hinblick auf die Arbeitserleichterungen. Ich begrüße den Vorschlag, daß man über die Datenerfassung in den Ministerien eine Anhörung mit den Berufsverbänden macht, um da auch die Schnittstellen und die Probleme aufzudecken und zu versuchen, gemeinsame Lösungen zu finden.

Hier ist immer wieder wichtig - und das haben wir auch in den letzten Anhörungen schon gesagt -, daß die zusätzlichen Kosten, die durch die richtige Ergonomie entstehen, auch berücksichtigt werden müssen, denn durch die beabsichtigte 3 %-Sperrung bei Sachkosten befürchten wir, daß die Ergonomie noch stärker als in der Vergangenheit vernachlässigt wird. Es gibt Untersuchungen der Gewerbeaufsicht, die diese Befürchtungen untermauern. Es darf natürlich nicht dazu führen, daß durch die erforderliche optimale Ausstattung von Bildschirmarbeitsplätzen die Ausstattung der herkömmlichen Arbeitsplätze sträflich vernachlässigt wird. Es gibt so Bereiche wie z.B. bei der Justizverwaltung, wo man das Mobiliar noch etwas älter hat, als man es zu Beginn der Wende im Osten festgestellt hat. Da muß man sich fragen, ob das noch für die Beschäftigten das Richtige ist.

Unsere Forderung im letzten Jahr nach Errichtung von Systemverwalter-Stellen wurde nicht erfüllt. Deshalb wiederholen wir diese Forderung, denn diese Aufgaben mußten bisher immer zusätzlich von Beschäftigten wahrgenommen.

Nun möchte ich gerne noch etwas zu bestimmten Einzelplänen sagen.

#### Einzelplan 03 - Innenministerium:

Hier sollen acht Angestelltenstellen in Beamtenstellen umgewandelt werden. Von diesen acht sollen sieben im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik verbleiben, eine Stelle in den Bereich der Staatskanzlei verlagert werden. Das bedeutet von den Zahlen her: Im Angestelltenbereich reduzieren sich die Personalkosten im Haushaltsjahr um 278 000 DM, aber gleichzeitig erhöhen sich die Personalkosten für Beamte um 340 500 DM. Das ist eine Steigerung der Personalkosten im LDS NRW auf 62 500. Nicht vergessen werden dürfen die später anfallenden Pensionslasten.

Die Umwandlung der Angestelltenstellen und die Erhöhung der Personalkosten ist im Entwurf zum Haushaltsplan weder durch hoheitliche Aufgaben noch durch andere Sachzwänge begründet. Es ist zu vermuten, daß hierdurch lediglich bessere Beförderungsmöglichkeiten innerhalb des Stellenschlüssels erzielt werden sollen. Diese Umwandlungen reduzieren auch die Möglichkeit für Angestellte, daß Angestellte mit befristeten Arbeitsverträgen in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen werden können. Hier werden die Beschlüsse der Landesregierung zur sparsamen Haushaltsführung unseres Erachtens mit Füßen getreten.

Eine zweite Frage hier in diesem Bereich: Es war so, daß bisher bei den Regierungspräsidenten, dem Landesamt für Besoldung und Versorgung und dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik



ausgebildet wurde für den Verwaltungsfachangestellten. Zukünftig wird nach unseren Informationen beim RP nicht mehr ausgebildet werden. Wir fragen: Will sich der öffentliche Arbeitgeber Zug um Zug aus der Ausbildungsverpflichtung für den Beruf der/des Verwaltungsfachangestellten zurückziehen? Woher nimmt der Regierungspräsident Köln zukünftig sein qualifiziertes Nachwuchspersonal?

Zum Einzelplan 04 - Justizministerium:

Hier haben wir auch schon immer die Personalmisere vorgetragen. Es ist festzustellen, daß sich in diesem Bereich nichts getan hat. Es geht ja sogar so weit, daß das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen 1987 festgestellt hat: "Mit ausdrücklicher ministerieller Zustimmung wurde der § 12 der Arbeitszeitordnung dazu mißbraucht, Personalfehlbestände zu kaschieren." Eine Besserung ist bis heute nicht eingetreten. Im August dieses Jahres hatten die Kolleginnen und Kollegen ca. 450 000 Überstunden auf der Haben-Seite in NRW. Wir haben speziell die Zahlen für eine Justizvollzugsanstalt aufgeführt, die Sie dann bitte nachlesen können.

Nicht vergessen werden darf die hohe Krankheitsquote, die erhebliche Zunahme von Frühpensionierungen, eine demotivierende Personalführung, die Leugnung von Mißständen im Strafvollzug und die Mißachtung von Schutzgesetzen. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß sich die Zusammensetzung der Gefangenen radikal verändert hat: Der Ausländeranteil ist gestiegen, die Zahl der drogenabhängigen Häftlinge und die der Schwerstverbrecher.

Wir befürchten - und ein Blick in den Haushaltentwurf zeigt, daß im Kapitel 04 050 - Justizvollzugseinrichtungen keine einzige Stellenmehrung vorgesehen ist -, daß hier ein Pulverfaß eventuell bald zur Explosion kommen kann.

Auf Seite 6 meines Papiers habe ich speziell noch einmal den Sofortbedarf in den einzelnen Bereichen aufgeführt. Wir kommen auf eine Forderung von 679 Stellen für den Bereich der Justizvollzugsanstalten. Wir begrüßen, daß die Polizei in NRW personell aufgestockt wird. Konsequenz müßte aber auch sein, daß auch hinter den Gefängnismauern, sprich: im Vollzug, die schon längst überfällige personelle Verstärkung erfolgt.

Unsere Stellungnahme zum Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales können Sie meines Erachtens gut nachlesen. Sie deckt sich teilweise auch mit Äußerungen, die von der ÖTV in diesem Bereich schon getätigt worden sind.

Zum Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft:

Hier ist aufgrund der Kienbaum-Untersuchung keine detaillierte Stellungnahme möglich. Wir bitten aber, im Bereich der Veterinäruntersuchungsämter besonders im Amt Münster zu prüfen, ob da nicht ein zusätzlicher Bedarf von Angestelltenstellen im Laborbereich notwendig ist, bedingt durch neue Untersuchungsmethoden in der Seuchenbekämpfung.

Für den Bereich der Agrarverordnung verweisen wir auf die Stellungnahmen der letzten Jahre. Trotz unserer kritischen Anmerkungen und des noch ausstehenden Organisationsgutachtens beabsichtigen Sie, weitere zehn Stellen zu streichen.

#### Einzelplan 12 - Finanzministerium:

Hier sind unsere Forderungen eigentlich schon fast als tibetische Gebetsmühlen zu sehen. Vielleicht würden wir auf diese Weise auch mehr erreichen, als sich in diesem Bereich getan hat.

Fazit ist für uns: Die Steuerverwaltung hat die bisher aus Haushaltsgründen verordneten Personaleinsparungen in vollem Umfang erbracht und darf unseres Erachtens nicht weiter zur Kasse gebeten werden.

#### Einzelplan 14 - Bauen und Wohnen:

Hier findet, was ja eben schon erwähnt wurde, durch die Neuorganisation, Umorganisation eine Änderung statt, die wir als Arbeitnehmer heute - obwohl die Gutachten jetzt vorliegen - noch nicht im Detail absehen können. Damit den Beschäftigten keine Nachteile entstehen, werden wir als Gewerkschaft ein kritisches Augenmerk auf die Bauverwaltung richten.

Kritisch anzumerken ist auch, daß aus dem Stellenplan ersichtlich ist, daß 48 Angestelltenstellen wegfallen sollen. Über 20 BAT Ib- und Iia-Stellen sollen in Iia-Stellen ohne Bewährung nach Ib umgewandelt werden. Das heißt: Letztlich wird den Kolleginnen und Kollegen jede Chance der Motivation und die Möglichkeit, sich für eine Vergütungsgruppe zu bewähren oder eine höherwertige Tätigkeit auszuführen, genommen. Wir haben in den letzten Jahren wiederholt diese Absenkungsstrategie kritisiert. Nach unserer Auffassung - das wurde ja eben auch von meinen Kollegen gesagt - wird der öffentliche Dienst hierdurch nicht attraktiver, sondern qualifiziertes Personal wandert ab bzw. kommt erst gar nicht mehr in den öffentlichen Dienst, weil die Privatwirtschaft bessere Gehälter bezahlt.

Hier ist in diesem Bereich der Bauverwaltung auch darauf zu achten, daß keine weitere Übertragung von Arbeiten an freischaffende Architektur- und Ingenieurbüros geschieht, da diese in erster Linie nur an ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen orientiert sind.

#### Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr:

Hier gibt es Umwandlungen von Vb- und IVb-Stellen für die Luftaufsicht. Hier muß man jedoch kritisch anfügen: Die sind nicht zusätzlich eingerichtet worden, sondern zu Lasten anderer Vergütungsgruppen.

Durch veränderte Aufgabenstellungen und auch gestiegene Anforderungen an die Kolleginnen und Kollegen müssen unseres Erachtens höherwertige Stellen eingerichtet werden. Leider wird diesem Umstand nicht Rechnung getragen. Eingruppierungsklagen werden in Zukunft in der Luftaufsicht geführt werden müssen.

Zusammenfassend möchte ich noch betonen, daß für uns folgende Punkte verändert werden müssen:

Die Stellenbesetzungssperre muß aufgehoben werden, die von uns geforderten Stellenmehrungen sind zu berücksichtigen.

Es wurde vorhin auch schon gesagt: Wir fordern Sie zum Schluß auf, ein erneutes Anhörungsverfahren aller Arbeitnehmerorganisationen nach den abgeschlossenen Organisationsuntersuchungen und ihrer politischen Willensbildung durchzuführen. Erst dann, wenn wir die zukünftigen Aufgaben des Landesdienstes kennen, sind wir wieder in der Lage, eine detaillierte Stellungnahme abzugeben - unter Zugrundelegung der Zahlen, die durch die Organisationsgutachten belegt worden sind.

Ich schließe mit dem Wunsch, daß sich die Mitglieder des Ausschusses dazu entschließen können, die Rotation wieder einzuführen bei der Anhörung der Berufsverbände, so daß wir dann beim nächsten Mal den Grundsatz haben: Die letzten werden die ersten sein. Danke schön.

Vorsitzender: Ganz herzlichen Dank, Frau Klein, aber ich denke - Sie haben ja von Anfang bis jetzt dabei gesessen -, wir haben Ihnen jetzt genauso interessiert gelauscht wie der vorletzten Gruppe. Ich denke, was die Wirkung, das Ziel angeht, haben Sie sicherlich das gleiche erreicht wie der, der ganz vorne marschiert ist - da bin ich ganz sicher.

Ich darf Ihnen eines versprechen: daß wir Ihre Fragen hier aufnehmen. Was die Ausbildung über den RP Köln angeht, das müssen wir nachfragen - das kann ich jetzt hier nicht beantworten. Ich habe nur noch eine Klärungsfrage: Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie als Spitzenorganisation wie der DGB auch sowohl zu der Arbeitsweise der Kalenberg-Gruppe als auch zu den dann vorgelegten Untersuchungsergebnissen Stellung nehmen wollen?

Klein: Ja. Da haben Sie uns richtig verstanden.

Vorsitzender: Darüber müssen wir nachdenken. Das verstehen Sie sicherlich. Gibt es Fragen an Frau Klein?

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Eine kurze Bemerkung, weil ich das gut finde, zur Seite 2: "Die Verknüpfung von Steuereinnahmen und Personalkosten führt dazu, daß nur noch..." usw. Wir haben uns in Porta Westfalica auf der Klausurtagung des Haushaltsausschusses diese Personalsteuerquote einmal im Zeitablauf präsentieren lassen. Die schwankt eratisch. Das ist meiner Ansicht nach also eine völlig schwachsinnige Orientierung für eine Personalpolitik. Ich hatte ein bißchen das Gefühl, daß auch im Finanzministerium eine gewisse Nachdenklichkeit angesichts dieser

Graphik eingetreten ist, weil in der Tat ja die Steuereinnahmen sehr stark konjunkturbedingt schwanken. Wenn man nun den Personalbestand an der Konjunkturentwicklung und damit den Steuereinnahmen und den Steuerrechtsveränderungen usw. orientieren wollte, dann kann das nur in die Irre führen.

Das heißt, es ist schon sinnvoll, die Personalkosten als Anteil am Gesamthaushalt und damit im Gesamtfinanzierungsvolumen des Haushalts darzustellen und natürlich ansonsten in erster Linie an den Aufgaben zu orientieren. Kein Unternehmen käme auf die Idee, eine solche schwachsinnige Quote als Maßstab für unternehmerisches Handeln aufzustellen. Ich finde, diese Rationalität sollte auch dann für den öffentlichen Arbeitgeber gelten.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Dr. Busch.

Abgeordneter Walsken (SPD): Nachdem Herr Dr. Busch die Bemessung für die Personalkosten an effektiven Kriterien als "schwachsinnig" dargestellt hat, habe ich natürlich gedacht, von Ihnen käme ein rationaler Vorschlag, an welchen Merkmalen man denn Personalkosten orientieren soll.

(Abg. Dr. Busch (GRÜNE): Kosten mißt man an den Aufgaben.)

Die Aufgaben sind nicht staatlich, die Aufgaben unterliegen einer politischen Willensbildung. Insofern ist das natürlich abhängig von dem, was man dem öffentlichen Sektor zumessen will.

(Abg. Dr. Busch (GRÜNE): Aber das macht diese Quote doch auch nicht.

Egal was Sie tun, was Sie wollen: Sie müssen doch eine Finanzierungsquote darstellen. Sie müssen doch wissen, daß Sie Personalkosten irgendwann bezahlen müssen. Es kann doch nicht so sein, daß man sagt: Egal, was wir an Geld einnehmen, wir orientieren die Personalausgaben an dem, was wir für sinnvoll halten. Das geht zumal in der Landespolitik überhaupt nicht, weil wir überhaupt keine Chance haben, das in irgendeiner Weise zu beeinflussen. Das können Sie sicherlich noch kommunal machen, weil Sie da über die Gewerbesteuer noch einige Möglichkeiten haben, das können Sie natürlich bundespolitisch machen, weil der Bund natürlich die Steuergesetzgebungskompetenz hat, nur, im Land ist das völlig unsinnig, ohne irgendeine Orientierung die Personalkostenquote festzulegen. Da sehe ich gewisse Schwierigkeiten.

Abgeordneter Frechen (SPD): Wenn ich da ergänzen darf: Das heißt doch in der Konsequenz, Herr Dr. Busch, daß Sie Personalmehrausgaben, die über diesem Satz liegen, praktisch durch eine Nettoverschuldung finanzieren wollen - anders geht das doch gar nicht. Wenn das nicht schwachsinnig ist, dann weiß ich nicht, wie wir uns dann finanzpolitisch weiter unterhalten können.

(Abg. Dr. Busch (GRÜNE): Wir machen dann noch eine Anhörung darüber.)

**Abgeordneter Walsken (SPD):** Sie können doch nicht den ersten Stein werfen, und wenn Sie dann die Antwort bekommen, sagen Sie: Wir machen noch eine Anhörung. So geht das nicht.

(Abg. Dr. Busch (GRÜNE): Ich habe doch meinen Vorschlag genannt.)

**Abgeordneter Frechen (SPD):** Sie haben gesagt, man soll sich an den Aufgaben orientieren.

**Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE):** Ich möchte nicht gleichzeitig über Äpfel und Birnen reden. Wir reden erstens über Quoten und zweitens über Bedarfe. Wenn wir über Quoten reden, dann besteht meiner Ansicht nach immer die Gefahr, daß man Äpfel auf Birnen bezieht. Dann nehmen wir Teilausgaben bezogen auf die Gesamtausgaben. Also Teilausgabe Personalkosten bezogen auf die Gesamtausgaben des Haushalts. Das ist meiner Ansicht nach eine sinnvolle Quote. Wenn ich Ausgaben durch Einnahmen teile, komme ich immer in Probleme, weil der Nenner sehr unstetig ist. Der Nenner dieser Quote ist sehr unstetig, und bei Quoten versucht man immer, eine Gesamtbasis zu haben, z.B. Personalausgaben bezogen auf die Gesamtausgaben im Vergleich zu Investitionsausgaben bezogen auf die Gesamtausgaben. Dieser Vergleich macht Sinn. Aber eine Personalsteuerquote, die im Zeitablauf, ich sage einmal, seit 1970 zwischen 65 % und 48 % schwankt, ist keine sinnvolle Orientierungsgröße. Das ist die eine Geschichte.

Die zweite Geschichte ist die: Wenn ich über die Bedarfe rede und darüber, wie die Bedarfe zu decken sind durch Personal, dann muß ich über die Faktoren - z.B. die Effizienz der Verwaltung, meinetwegen die ADV-Ausstattung usw. - reden. Aber jetzt halten Sie mir bitte nicht vor, ich würde mich an einer schwachsinnigen Quote orientieren, während Sie über Bedarfe reden. Wir reden beide über Bedarfe, und wir reden beide über die Möglichkeit, über Quoten eine einfache Steuerungsgröße zu haben. Das sind zwei wirklich ganz verschiedene Dinge, und wir sollten hier über die Bedarfe reden - das machen wir ja den ganzen Tag. Das ist für mich eine viel spannendere Frage, als die, wie sich irgendwelche Quoten entwickeln.

**Abgeordneter Frechen (SPD):** Der Ansatz der DAG war doch der, daß an sich die Personalkosten ausgeweitet werden müßten aufgrund der Personalbedarfe, die Sie sehen - das war doch der Ausgangspunkt. Das heißt also: Wir müßten mehr von den Landeseinnahmen für Personalkosten aufwenden, als wir das bisher tun. Der Ansatz von Schleusser ist doch der, daß wir irgendwo eine Grenze einziehen, weil wir sonst nicht mehr mit der Finanzierung klarkommen und darüber hinaus eine Finanzierung über die Nettoneuverschuldung laufen muß. Insofern haben Sie - wenn ich schon bei "Äpfeln und Birnen" bleiben darf - auch Pflaumen mit Aprikosen verwechselt.

Das Problem ist doch, daß Sie mit Recht sagen: Es muß sich an den Bedarfen orientieren. Da müssen Sie uns aber auch sagen, welche Bedarfe Sie abschmelzen wollen. Wenn Sie sie nicht im Personalbereich abschmelzen, sondern sogar noch erhöhen wollen - ich habe

das Gefühl, Sie wollten der DAG helfen -, dann müssen Sie uns andere Bereiche und die Einsparpotentiale, die Sie dort vornehmen wollen, nennen.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Das würde ich ja sehr gerne tun. Auch im Unternehmensbereich ist es nicht so, daß irgendjemand auf die Idee käme, eine Quote vorzugeben, sondern da wird selbstverständlich, wenn Sie den Anteil der Lohnkosten am Gesamtumsatz --- Aber wir wollen ja Sie hier hören.

(Dr. Sprenger (DBB): Wir sind höflich. Wir warten hier, während Sie sich streiten.)

Vorsitzender: Der Herr Dyba hatte sich noch einmal gemeldet, und den wollen wir auch zu Wort kommen lassen. Das ganze kann man vielleicht auf einen einfachen Nenner bringen: Man kann nicht mehr Geld ausgeben, als man hat.

Dyba (Gewerkschaft der Polizei NW): Ich möchte noch eine Richtigstellung vornehmen. Frau Kollegin, Sie haben da in Ihrem Bericht stehen, daß die Polizei eine Personalaufstockung erfahren soll - das ist falsch. Es soll lediglich das ersetzt werden - und ich muß sagen "soll" -, was durch zu hohe Versetzungen ausscheidet. Da haben wir erhebliche Schwierigkeiten, um da überhaupt den Nachwuchs zu bekommen. Dann kommt noch zweitens dazu: Wenn uns soviel junge Kollegen, die in der Ausbildung stehen, weglaufen, wie das in den letzten Jahren der Fall war, dann wird die Personalstärke bei der Polizei nicht besser, sondern schlechter werden.

Klein (DAG): Ich wollte mich nur bedanken für diese Richtigstellung. Ich denke, der Begriff "Aufstockung" ist dann in unserer Kommentierung falsch. Es ist nett, daß man uns helfen will, aber ich denke, innerparteiliche Streitigkeiten wollen wir jetzt erst einmal heraushalten. Die Steuerquote wird deshalb von uns kritisiert, weil sie nicht an den Aufgaben orientiert ist. Es muß auch, trotz politischer Meinungsbildung, immer eine Linie geben, an der sich der Bürger orientieren kann: Welche Aufgaben werden weiterhin in welchem Ausmaß getätigt, unabhängig erst einmal davon, wieviel finanzielle Ressourcen da sind? Wir sagen - und die Forderung haben wir zwar jetzt in einigen Bereichen erhoben -, daß mehr Personal da sein muß, wie sagen aber auch ganz klar, wir wollen auch die Organisationsgutachten abwarten, weil wir wissen, daß es auch noch Rationalisierungspotentiale gibt oder man sich auch nicht kritisch damit auseinandergesetzt hat - das ist auch eine langjährige Forderung -, welche Aufgaben weiterhin die Landesdienste leisten können. Solange diese nicht passiert ist, sagen wir, können wir nicht in medias res gehen und hier Stellungnahmen abgeben.

(Vorsitzender: Völlig klar.)

Abgeordneter Frechen (SPD): Wäre es denn ein unschamhaftes Verlangen, wenn wir von Ihnen auch einmal die Aufdeckung solcher Rationalisierungspotentiale erwarten würden in Zukunft? Denn bis jetzt sind es immer nur mehr Forderungen, die Sie stellen.

Klein (DAG): Ich denke, es ist nicht unschamhaft, und wir werden das in dem Bereich mit den Organisationsgutachten bestimmt kundtun. Da werden Sie merken, wo wir diese Kritik erwidern und unterstützen und wo die Bereiche liegen, in denen wir auch Möglichkeiten der Einsparung sehen.

Ritter (DBB): Kein gezielter Hinweis - Sie verstehen, es ist schwierig, in einer solchen Diskussion, in einer solchen Anhörung zu sagen: Der hat zwei zuviel, der hat sieben zu wenig, und der hat fünf zuviel. Vielleicht bringen das ja diese Organisationsgutachten.

Aber einen Hinweis, meine ich, könnten wir doch schon geben: Vielleicht wäre es einmal eine lohnende Aufgabe, an Ort und Stelle nachzusehen, wieviel man einfacher und billiger machen könnte, wenn man Verwaltungshandeln in Brandenburg und in Nordrhein-Westfalen vergleicht. Nicht alles ist nötig, was hier Verwaltung machen muß. Das wäre, meine ich, schon ein geeigneter Weg.

(Abg. Walsken (SPD): Da kenne ich andere Bereiche)

Dr. Sprenger (DBB): Wenn es von Null auf 80 geht, ist es natürlich ein Zugewinn, aber es gibt Bereiche, wo einfacher verwaltet wird.

Vorsitzender: Ich merke, Herr Dr. Sprenger, Sie sind doch sehr interessiert an dem Dialog hier bei uns.

(Dr. Sprenger: Jetzt wieder.)

Ich glaube, Sie sollten auch nicht den Eindruck mitnehmen, daß wir jetzt hier die gesamte öffentliche Verwaltung zum Steinbruch des Einsparungspotentials nehmen. Das haben Sie doch auch an unserer Reaktion hier gesehen, (daß das nicht der Fall ist). Wir überlegen doch sehr wohl: Was ist machbar, was nicht? Wir stehen doch vor der schmerzlichen Aufgabe, letztendlich auch zu sagen: Bitte schön, mehr haben wir nicht, um das Dienstleistungsunternehmen Landes- und Kommunalhaushalt hier für den Bürger bereitzustellen. Dann müssen wir dem auch sagen, daß manches nicht mehr geht, und die Stunde ist gekommen - das müssen wir. Da sind wir in der Verpflichtung, dieses zu tun. In jedem Einzelfall muß man dann überlegen, welche Folgen es hat, und gesamtpolitisch abschätzen. Da ist die Organisationsuntersuchung ein Parameter, und auch der Blick nach Brandenburg ein ganz wertvoller Hinweis, um einmal zu gucken, ob es nicht mit weniger Regelungen einfacher geht. Ich will aber die Diskussion hier nicht verlängern.

Ich darf mich bei allen, die solange hier ausgeharrt haben, ganz herzlich bedanken. Ich fand, es war eine ausgesprochen interessante Anhörung. Wir haben fast drei Stunden gebraucht, aber das war auch notwendig, denke ich. Ich darf Ihnen versichern, daß wir diese in die Fachberatungen mitnehmen werden, und freue mich auch schon auf die Anhörung und die Gespräche während des Haushaltes im nächsten Jahr und auf die Anhörung zum nächsten Haushalt.

Für meine Kolleginnen und Kollegen darf ich noch eine Information geben: Wir werden am 3.11. - die entsprechende Einladung liegt ja vor - die entsprechenden Einzelpläne behandeln, und am 6.11. (die Einzelpläne) 03, 08, 12 und 06 und - wenn die Landesregierung dazu in der Lage ist, das zur Verfügung zu stellen, Herr Heine - das von Staatssekretär Wendele zugesagte Gesamtpaket Titelgruppe 79, wo das alles mit der Verlängerung drinsteht.

(Heine: Das kann ich Ihnen nicht ganz zusagen. Ich gehe davon aus, ich könnte morgen anrufen.)

Dann möchte ich Sie bitten, sich mit dem Gutachterdienst direkt in Verbindung zu setzen. Wenn es machbar ist, auch kurzfristig, dann nehmen wir es mit auf die Tagesordnung, denn wir sind alle in der Materie und wissen eigentlich auch, was wir politisch wollen.

Ich darf mich herzlich bedanken und schließe die Sitzung und wünsche noch einen schönen Nachhauseweg!

(Beifall)

gez. Bensmann  
Vorsitzender

26.11.92/27.11.92